

II. Der christliche Sozialismus unter der Führung Konrad Adenauers

1. Konrad Adenauer, Jakob Kaiser und die christlichen Gewerkschafter in den Westzonen

Nur kurze Zeit nach Kaisers Wahl zum Vorsitzenden der CDU Berlins und der Sowjetzone betrat Konrad Adenauer die politische Bühne. Obwohl Adenauer schon am 2. September 1945 in den „Rat der Vorsitzenden“ der rheinischen Landespartei gewählt worden war, hatte er sich gegenüber der neuen Partei „reserviert“ verhalten. Die Gründe dafür waren nicht etwa nur das Verbot parteipolitischer Betätigung durch die englische Besatzungsmacht, sondern vor allem die Ungewißheit über den Erfolg des Neu-Zentrums sowie entschiedene Vorbehalte gegenüber dem rheinischen Parteivorsitzenden Leo Schwering und dessen Kurs des christlichen Sozialismus¹. In einem Schreiben vom 6. Januar 1946 an sieben Mitglieder des rheinischen Landesvorstandes formulierte Adenauer die Voraussetzungen für seine Kandidatur². Kritisch äußerte er sich dabei über die bisherige Arbeit der Parteiorganisation. Bezeichnend an dem Schreiben ist, daß vier seiner Adressaten ehemalige christliche Gewerkschafter waren (J. Albers, K. Arnold, M. Rott und H. Strunk). Es verdeutlicht die starke Stellung der Gewerkschafter, die „die bestorganisierte und aktivste Gruppe in der CDU“ waren. Nur über sie konnte Adenauer in die Führungsspitze der Partei aufsteigen³. Vor allem Johannes Albers und Karl Arnold setzten sich für Adenauers Kandidatur ein. Auf der ersten Tagung des neugeschaffenen Zonenausschusses der CDU der britischen Zone am 22./23. Januar 1946 in Herford übernahm Adenauer (zunächst als Alterspräsident) den Vorsitz, den er bis zur Auflösung des Ausschusses im Jahre 1949 nicht mehr abgab. Auf der Tagung kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Adenauers Anhängern und seinen Gegnern wegen der Art und Weise, wie die ersteren Adenauers Wahl durchsetzen wollten bzw. durchsetzten⁴. Aus Berlin war Dr. Hermes (zusammen mit Heinrich Vockel) angereist, der Adenauer den Vorsitz

¹ Morsey, Adenauer, S. 39.

² Eine der Originaldurchschriften – sie trägt irrtümlich das Datum vom 6. Januar 1945 – befindet sich im HASTK, 1187–36. Vollständig wiedergegeben ist der Brief in: Konrad Adenauer – Ziele und Wege, Mainz 1972, S. 79–81.

³ Schwering, Frühgeschichte, S. 172. Dort heißt es: Es war „der ‚linke‘ Flügel, den er zum Sprungbrett auserkor“.

⁴ Brief von Kannengießer an Schreiber vom 26. Januar 1946, ACDPStA, Landesverband Westfalen. Die dort befindliche Kopie des Briefes von Kannengießer, der darin starke Vorbehalte gegenüber Adenauer äußert, ist ohne Datum, Absender, Empfänger und Unterschrift. Die Kopie ist überschrieben: „Ein Bericht aus Westfalen über die Tagung des Zonenausschusses“. Ein Vergleich mit den bei Heidenheimer, Adenauer, S. 67 (in englischer Übersetzung) wiedergegebenen Passagen zeigt jedoch, daß dieser „Bericht“ mit dem Kannengießer-Brief identisch sein muß. Vgl. auch Morsey, Adenauer, S. 49, Anm. 12, der jedoch als Quelle des in Auszügen zitierten Briefes nur Heidenheimer angibt.

streitig machen wollte. Die Berliner reisten jedoch vorzeitig ab, nachdem man sie erst nach der Wahl an der Versammlung teilnehmen lassen wollte, und zwar mit der Begründung, daß beide nicht in der britischen Zone ansässig seien⁵. Adenauers Wahl zum Vorsitzenden war indes nur vorläufig, da Bedenken laut wurden. Der Abgeordnete Kannengießer behauptete, daß Adenauer als „rechts“ stehend nicht „die richtige Persönlichkeit“ sei und deshalb „nur eine Belastung“ bedeute⁶. Neben der Personalfrage war der wichtigste Tagesordnungspunkt der Beschluß, „daß der Zonenausschuß mit seinem zu wählenden Vorstand der eigentliche Parteivorstand für die ganze Zone sei und Autorität gegenüber den einzelnen Landesleitungen haben müsse“⁷. Nach der endgültigen Wahl zum Zonenvorsitzenden auf der Tagung vom 26. Februar bis 1. März 1946 und der Wahl zum Vorsitzenden der CDU des Rheinlandes am 5. Februar in Krefeld-Uerdingen hatte Adenauer eine Stellung inne, die nur der seines Widersachers Kaiser in der russischen Zone entsprach, den Machtpositionen anderer CDU-Politiker aber überlegen war⁸.

Auch bei der Tagung in Krefeld-Uerdingen war es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen zwischen den Anhängern Adenauers und Schwerings, der bis dahin geglaubt hatte, eine sichere Mehrheit zu erlangen. Doch mit größtem taktischem Geschick war es Adenauer gelungen, auch seinen Widersacher in der Landespartei auszuschalten. Einen Tag nach seiner Abwahl in Krefeld-Uerdingen teilte Schwing dem Vorsitzenden der Kölner Stadtpartei, Johannes Albers, der zusammen mit Otto Schmidt zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt worden war, mit, daß er seinen Sitz im Kölner Vorstand (der Stadtpartei) niederlege. Schwing fuhr fort: „Gestern war ein schwarzer Tag für das christliche Werkvolk und ein Sieg der Reaktion auf der ganzen Linie. Die Wahl Schmidts, den Herr Adenauer von allen reaktionären Sünden feierlich freisprach, war allen, die denken können, das Signal“. Der Wuppertaler Rechtsanwalt war auf der Sitzung des Landesvorstandes vom 21. Januar 1946 noch für die Wiederwahl Schwerings eingetreten, „weil 1. die Partei vor den Wahlen keine Personalveränderung vornehmen darf und 2. ein persönliches Intrigenspiel für die Partei unehrenhaft“ sei⁹. Er votierte aber am 5. Februar für Adenauer. Die „schmerzlichste Erkenntnis“ jedoch, so Schwing weiter, sei, daß ihn „das christliche Werkvolk, für das ich so viel ideelle und materielle Opfer gebracht habe, völlig im Stich ließ . . . Trotz allem bleibe ich dem christlichen Werkvolk treu und verbunden. Ich hoffe, es in der Opposition wirkungsvoller . . . verteidigen zu können“¹⁰.

Wenn Schwing diese Zeilen auch unter dem Eindruck der offenbar schmerzlich empfundenen Niederlage schrieb, so zeigte er doch, daß er die politisch-programmati-

⁵ Vgl. Protokoll der Zonenausschußsitzung vom 22./23. Januar 1946 in Herford, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Zone, S. 113 ff.

⁶ Morsey, Adenauer, S. 48 f.; vgl. auch Heidenheimer, Adenauer, S. 63 ff.

⁷ Protokoll der Zonenausschußsitzung vom 22./23. Januar 1946, a. a. O., S. 113.

⁸ Nur Adenauer und Kaiser waren Vorsitzende der jeweiligen Zonenparteien. Vgl. auch Conze, Jakob Kaiser, S. 75.

⁹ HASTK, 1187–36.

¹⁰ Brief von Schwing an Albers vom 6. Februar 1946, HASTK, 1193–99.

sche Schwenkung der Partei treffsicher zu prognostizieren in der Lage war. Die Gewerkschafter und allen voran Johannes Albers hatten zu diesem frühen Zeitpunkt offenbar noch keine Vorahnungen bezüglich der konservativen wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellung Adenauers. Wenige Tage vor dem Beginn der Blitzkarriere Adenauers hatte Albers an Kaiser geschrieben: „Adenauer wird nach seiner Rehabilitation durch die Engländer wieder stärker in Anspruch genommen werden müssen, und ich werde wohl die Stelle des 2. Vorsitzenden übernehmen. Wie allüberall sind in der neuen Partei die letzten harmonischen Zusammenhänge noch nicht geschaffen. Das Zusammenspiel aller Kräfte klappt noch nicht so richtig. Aber es wird doch wohl besser werden“¹¹. Es war derselbe Brief, in dem Albers seiner Hoffnung Ausdruck gab, „daß die alten bürgerlichen Auffassungen nicht (mehr) zum Durchbruch“ kämen. Doch hatten zu diesem Zeitpunkt nicht nur die Wuppertaler CDU-Mitglieder zumindest unterschwellig ihre liberal-konservativen Grundsätze erkennen lassen, sondern auch Adenauer hatte zu diesem Zeitpunkt bereits das Konzept für sein liberales Programm fest umschrieben.

Glaubte der christliche Sozialismus fest an das Ende der bürgerlichen Ordnung, so war für Adenauer das Bürgertum geradezu eine „anthropologische Grundgegebenheit“¹² auch für die Nachkriegspolitik, wenn auch für Adenauer eine Zurückhaltung in der Proklamation seiner liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geboten schien. Doch war er dabei wesentlich beweglicher und anpassungsfähiger als die christlichen Sozialisten, da er nicht so sehr wie diese an bisweilen dogmatischen Grundpositionen festhielt, was aber nicht mit Prinzipien- oder Programmlosigkeit gleichgesetzt werden kann. Adenauer hatte einige wenige Grundüberzeugungen, hinter die er nicht bereit war zurückzugehen: Zu den wesentlichsten gehörte der Grundsatz der Freiheit der Einzelperson, deren uneingeschränkte Anerkennung das wirtschaftliche und soziale Leben, den Aufbau des Staates, die Kultur und das Verhältnis der Völker untereinander bestimmen müsse¹³. Aus diesem der abendländisch-christlichen Tradition entstammenden Grundsatz der Freiheit der Einzelperson ergaben sich für Adenauer unmittelbare wirtschaftsprogrammatische Konsequenzen wie das Prinzip größtmöglicher Dezentralisation der Planung und Lenkung der Wirtschaft, die er von vornherein als ein individualistisch-liberales Geschehen verstand¹⁴.

Aufgrund dieses Personalismus hatten die politischen Konzeptionen des Katholiken Adenauer weit größere Gemeinsamkeiten mit denen der Protestanten als mit denen der überwiegend (an der Walberberger Gemeinwohltheorie orientierten) katholischen Gewerkschafter¹⁵. Die weitsichtigen Analysen und die liberal-bürgerliche Grundüber-

¹¹ Brief von Albers an Kaiser vom 7. Januar 1946, BA, Kaiser, 164.

¹² Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 23.

¹³ Vgl. hierzu Anneliese Poppinga, Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis, Stuttgart 1975, S. 191 ff.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 204. – Diese Anschauungen Adenauers lassen sich der personalistisch-liberalen Schule der katholischen Soziallehre zurechnen.

¹⁵ Die Gemeinsamkeiten betrafen jedoch nur die politische Programmatik selbst, nicht deren theoretische Grundlagen.

zeugung ließen bei Adenauer nie den Gedanken aufkommen, daß die Union sozialistisch sein könnte, auch wenn sie aus wahltaktischen Überlegungen Anleihen beim christlichen Sozialismus machen sollte. Schon am 21. August 1945 schrieb Adenauer an den Münchner Oberbürgermeister Scharnagl über die „grundlegenden Prinzipien der neuen Partei“: „Betont fortschrittliche soziale Reform und soziale Arbeit, nicht Sozialismus“¹⁶.

*Konrad Adenauer und die vertagte Sozialisierung:
Das Programm der CDU der britischen Zone vom März 1946*

Die Skizzierung von Adenauers politischer Grundeinstellung läßt schon vermuten, warum der neue Zonenvorsitzende so vehement und entschieden der Partei ein neues Programm geben wollte, dessen Durchsetzung durch das neugeschaffene Parteiorgan, den Zonenausschuß, begünstigt wurde. Erst mit dessen Installierung begann für Adenauer die „eigentliche“ Partei, die Zeit davor war lediglich eine Vorgeschichte, deren programmatische Äußerungen „unklar oder überholt“ gewesen seien. „Eine Partei wie die unsrige“, so erläuterte Adenauer die damalige Situation in seinen Memoiren, „konnte erst im Verlauf einer gewissen Zeit die ihr zugrunde liegenden Ideen zu festen und klar umrissenen gemeinsamen Programmsätzen entwickeln“¹⁷.

Aber das Programm der britischen Zone war alles andere als ein gemeinsames Programm: Es war – von einigen Passagen abgesehen – die alleinige Schöpfung Adenauers. Den Entwurf dazu hatte er schon in Herford vorgelegt, also zu einem Zeitpunkt, da er noch nicht einmal offizieller Zonenvorsitzender war. Das Selbstbewußtsein, mit dem Adenauer seine Grundsätze der britischen Zonenpartei oktroyierte und die Partei führte bzw. damals zu führen gedachte, kommt in seinem Brief an Scharnagl zum Ausdruck, den er zwischen den beiden ersten Zonenausschuß-Tagungen verfaßt hatte: „Ich versuche, nun zunächst ein Programm aufzustellen und zur Annahme zu bringen. Ich bin der Auffassung, daß wir als neue Partei so schnell wie möglich ein Programm haben müssen, aus dem die Leute sehen, was wir wollen. Wir haben im Zonenausschuß für die britische Zone einen Programmausschuß gewählt, der sich mit meinem Entwurf beschäftigt. Ich füge Ihnen den Entwurf eines Programms bei und bemerke ausdrücklich, daß es sich um einen *Entwurf*, der von mir stammt, handelt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Ansicht vom Standpunkt der CSU aus dazu baldmöglichst mitteilen würden“¹⁸.

¹⁶ Konrad Adenauer, Ziele und Wege, Mainz 1972, S. 77. Dieses schon bei Wieck, Die Entstehung, S. 73, wiedergegebene Zitat kann nicht als Beleg für eine (antisozialistische) Einflußnahme Adenauers im Jahre 1945 gedeutet werden. Vgl. S. 11, Anm. 13.

¹⁷ Adenauer, Erinnerungen I, S. 52.

¹⁸ Brief Adenauers vom 7. Februar 1946 an Scharnagl, StBKAH, 322. Vgl. hierzu, wie auch zu den folgenden Ausführungen, Focke, Christlicher Sozialismus, S. 235 ff. Entsprechend der Gesamttenenz werden auch die detaillierten Ausführungen zur Programmgeschichte der CDU des Westens bei Focke stark unter dem Gesichtspunkt der Kontroverse Adenauer-Kaiser gesehen und die Quellen entsprechend ausgewählt und interpretiert.

Worauf Adenauer mit der in seinen Memoiren geäußerten Kritik an den Kölner Leitsätzen, die er als „unklar“ bezeichnete, anspielte, war wohl zunächst die unübersichtliche Gestaltung der Leitsätze, die er nun – formal betrachtet – durch ein übersichtliches, klares Manifest abzulösen gedachte. Diese Verbesserung konstatierte auch der Mitverfasser der Kölner Leitsätze, Leo Schwering. Im übrigen glaubte aber Schwering, daß es sich bei Adenauers Manifest lediglich um eine verbesserte Neuauflage des Walberberger „Programms“ handelte. Durch Scharmitzels Schrift „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands – Ihr Wesen und Wollen“, die stark an Weltys Arbeiten angelehnt ist, sei Adenauer – der ein Exemplar Scharmitzels redigiert hatte – „in den Stand gesetzt (gewesen), auf den Fundamenten seiner Vorgänger aufzubauen. Teilweise finden wir dieselben Formulierungen“¹⁹. Offensichtlich hat Schwering, der keine theoretischen Untersuchungen anstellt – wie schon bei der Neufassung des Walberberger Programms (auch hier bemerkte Schwering nicht die substantielle Bedeutung der protestantischen Änderungen in der Präambel) –, auch das Neheim-Hüstener Programm nicht systematisch mit den beiden Fassungen der Kölner Leitsätze verglichen. Lediglich beiläufig bemerkt Schwering zum entscheidenden Novum des Adenauer-Programms: „Alles wird aus der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit entwickelt“²⁰. Im Sinne des Personalismus Adenauers aber war „Freiheit der Persönlichkeit“ der (neue) zentrale Grundsatz künftiger christlicher Politik und Programmatik. Zudem wurde im Zonenprogramm selbst der Zusammenhang zwischen persönlicher und politisch-wirtschaftlicher Freiheit deutlich hervorgehoben. Auch Adenauers Kontrahent im Zonenausschuß der CDU, der Westfale Kannengießer, bemerkte offenbar nicht die einschneidenden Änderungen in Adenauers Programm, wenn er glaubte, dieser habe es lediglich eingeführt, um sein „persönliches Geltungsbedürfnis zu befriedigen“²¹.

Neben den genannten Unterschieden zum Walberberger Programm, Personalismus statt Gemeinwohl und „Freiheit statt Sozialismus“²² und der schon genannten übersichtlicheren Gliederung des Stoffes, sind folgende Veränderungen bemerkenswert: Adenauer vermied ordnungspolitische Grundsätze und übernahm aus den Kölner Leitsätzen sozialetische Formulierungen nur insoweit, als sie nicht die Wirtschafts- und Sozialordnung unmittelbar betrafen. Die Wirtschafts- und Sozialparagraphen in Adenauers Entwurf lassen noch stärker als die offizielle Fassung²³ die Anlehnung Adenauers an die christliche Soziallehre erkennen. So heißt es: „1. Die Wirtschaft ist nicht

¹⁹ Schwering, Frühgeschichte, S. 183.

²⁰ Ebd.

²¹ Heidenheimer, Adenauer, S. 63.

²² „Das Wort Freiheit“, so sagte Adenauer in einer Rede vor dem Zonenausschuß am 17. Dezember 1946 in Lippstadt, „werden wir im kommenden Wahlkampf nicht oft genug gegenüber den Sozialdemokraten sagen können. . . . Und die Verstaatlichung so umfangreicher und entscheidender Teile der Industrie führt zum Untergang der Freiheit“. Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 258.

²³ Vgl. Teil II, §§ 1–10 des Programms von Neheim-Hüsten mit den hier zitierten Passagen aus dem Adenauer-Entwurf.

Selbstzweck, auch sie muß ethischen Gesetzen folgen. Daher wird der Klassenkampf abgelehnt. 2. Die Wirtschaft dient der Deckung des Bedarfs des Volkes und vor allem der Befreiung und der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen. Nur dann ist die Arbeit eine Quelle der Zufriedenheit, nur dadurch ist die Würde des Menschen und der Arbeit gewährleistet²⁴.“

Entsprechend wird die Bedeutung des Privateigentums – viel stärker als im Walberberger Programm – betont, wie dies auch der offizielle Programmtext ausweist. Die dort in II./8 enthaltene Forderung nach der Vergesellschaftung (der Bergwerke) ist in Adenauers Entwurf noch nicht enthalten. Im vorangehenden Paragraphen der Endfassung wurde sie jedoch entscheidend modifiziert, wenn „die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft“ als „zur Zeit nicht praktisch“ bezeichnet wurde, „da die deutsche Wirtschaft nicht frei“ sei. „Bei ihrer späteren Regelung werden wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte, vor allem das Allgemeinwohl, maßgebend sein²⁵.“ Wer auch immer – Adenauer oder die Programmkommission – in das Neheim-Hüstener Programm die modifizierten Formulierungen über die Vergesellschaftung eingebracht hat, es ist sicher, daß Adenauer auch die Veränderungen gebilligt hat. Damit war aber das Zonenprogramm – zumindest dessen Wirtschafts- und Sozialteil – wegen seiner ausweichenden und provisorischen Vergesellschaftungsformel nur als vorläufig gedacht gewesen, wie dies auch die Entwicklung der Zonenprogrammatisierung unmittelbar nach der Tagung des Ausschusses in Neheim-Hüsten zeigte.

Es konnte nicht ausbleiben, daß Adenauer mit seinem Programm und der Art seiner Durchsetzung heftig in die Schußlinie seiner Parteifreunde geriet. Doch waren es nicht so sehr die christlichen Gewerkschafter, die Adenauer und das neue Programm kritisierten, sondern die Gruppe der Wuppertaler Protestanten unter der Führung von Otto Schmidt, die sich mit diesem Auftakt in der Zonen- und Landespartei noch fester zu etablieren begannen. Noch während sich der Programmausschuß der britischen Zonen-CDU mit Adenauers Entwurf beschäftigte, kritisierte der Wuppertaler Rechtsanwalt und stellvertretende Landesvorsitzende der rheinischen CDU, Otto Schmidt, in Briefen an Adenauer den Inhalt von dessen Entwurf und die Art und Weise, wie Adenauer das Programm der Partei „aufkrotyriert“ habe. Die Landespartei sei überhaupt nicht angehört worden. Adenauers Entwurf sei dort lediglich einmal verlesen worden. Bevor der Zonenausschuß aber das Programm annehme, müsse es von der Landespartei genehmigt werden. Wenn ein Programm – wie im vorliegenden Falle – „von einigen wenigen Personen an der Spitze“ der Partei vorgesetzt werde, so bestehe die Gefahr, daß es „innerhalb der Landespartei zu erheblichen grundsätzlichen Auseinandersetzungen kommen“ könne, so daß „man innerhalb der Zone in wichtigen Dingen auseinandergehen könnte. Auch das geistige Bild der Partei kann nur von unten nach oben wirklich organisch wachsen“²⁶. Inhaltlich bemängelte Schmidt, daß der Begriff „christlich“ in Adenauers Entwurf „entleert“ worden sei, da sich Adenauer lediglich formal

²⁴ Entwurf Adenauers für das Programm der britischen Zone, HStAD – RWN – 5.

²⁵ Programm von Neheim-Hüsten, II, § 10.

²⁶ Brief von O. Schmidt an Adenauer vom 26. Februar 1946, HStAD – RWN 119 – 1.

oder verbal auf die christliche Ethik als die Quelle seiner sozialen und politischen Forderungen beziehe; das aber würden die Freien Demokraten in gleicher Weise tun. Mit den Worten „Gott ist der Herr der Geschichte“ war das gesamte politisch-soziale Ordnungsverständnis der Evangelischen und deren Verhältnis zum Christentum auf eine kurze unaufgebbare Formel gebracht worden. Der Wegfall dieser Sätze in Adenauers neuem Zonenprogramm wurde von verschiedenen Protestanten sogar als „Rückfall in den Säkularismus“ bezeichnet.

Adenauer widersprach der schon zuvor geäußerten Behauptung Schmidts, daß das neue Programm weniger christliche Substanz aufzuweisen habe als das rheinisch-westfälische. Dies hätten ihm „mehrere evangelische Parteifreunde, darunter auch ein führendes Mitglied der bekennenden Kirche“ bestätigt. Außerdem sei das „Wesentliche, daß der Inhalt des Programms den christlichen Grundsätzen“ entspreche. „Die Feststellung des Programmes für die Brit. Besetzte Zone“ sei im übrigen „jetzt wohl Sache des Zonenausschusses“. Sie könne nicht den einzelnen Landesparteien überlassen werden, da die Partei sonst „zu leicht in wichtigen Dingen auseinander“ ginge²⁷. Diese Gefahr war in der Tat sehr groß. Sicher wäre unter „demokratischeren“ Bedingungen das Zonenprogramm wesentlich anders ausgefallen, vor allem dann, wenn der Gewerkschafter Johannes Albers – wie von Adenauer entgegen den Tatsachen immer wieder behauptet wurde – tatsächlich in Neheim-Hüsten dabeigewesen wäre.

Zu den Programmforderungen selbst hatte Schmidt noch einen massiven Einwand. Obwohl Adenauers Entwurf stark personalistisch-individualistisch war und trotz sprachlicher Anlehnungen an die Ausdrucksweise der Gewerkschafter deutliche Präferenzen für eine Privatwirtschaft erkennen ließ, war Schmidt der Entwurf Adenauers noch zu weitgehend bezüglich der Mitbestimmungsformulierung des neuen Vorsitzenden. In Adenauers Entwurf heißt es: „Herstellung eines gerechten Ausgleichs in Wirtschaftsführung und Ertrag zwischen Arbeit und Kapital“²⁸. Schmidt kritisierte: Man könnte „unter Umständen in einer so vagen Formulierung ein bestimmtes Zugeständnis an derart abwegige Gedankenverbindungen sehen. (Gemeint waren zu starke Zugeständnisse an den christlichen Sozialismus, d. V.). Ich bin fest davon überzeugt, daß das bei Ihnen nicht der Fall ist und daß Sie mit mir der Auffassung sind, daß die Beteiligung des Arbeitnehmers an der wirtschaftlichen Betriebsführung einen Eingriff in das Privateigentum darstellt, der so grundsätzlich nicht tragbar ist“²⁹. Ob die Formulierung auf Druck Otto Schmidts aus dem offiziellen Text eliminiert wurde, ist nicht mehr festzustellen. Am Tage nach der Verabschiedung des Zonenprogramms – Adenauer hatte den Brief mit der Kritik Schmidts noch gar nicht erhalten – schrieb er seinem Stellvertreter im Landesvorstand: „Der Entwurf ist mit einigen Abänderungen einstimmig angenommen worden. Er wird schnellstens gedruckt und der Öffentlichkeit übergeben werden. Ich lege Ihnen ein Exemplar und den zugehörigen Aufruf bei“³⁰.

²⁷ Brief Adenauers an Schmidt vom 23. Februar 1946, HStAD – RWN 119 – 1.

²⁸ Entwurf Adenauers, HStAD, RWN 119 – 5.

²⁹ Brief von Schmidt an Adenauer vom 26. Februar 1946, HStAD, RWN 119 – 1.

³⁰ Brief von Adenauer an Schmidt vom 2. März 1946, HStAD, RWN 119 – 1.

Trotz des Fortfalls der Mitbestimmungsklausel war für Schmidt das Zonenprogramm unannehmbar. Schmidt telegrafierte sofort an Adenauer: „Bitte unter allen Umständen Veröffentlichung des Zonen-Programms zu unterlassen. Brief unterwegs³¹.“ In dem kurz darauf verfaßten Brief, zu dem Schmidt vom CDU-Kreisverband Wuppertal beauftragt worden war, versuchte Schmidt seinen Standpunkt zu „dem Verfahren“ des Neheim-Hüstener Programms in drei Punkten prononciert darzustellen: 1. Das Programm einer Partei sei die geistige Grundlage des politischen Wollens und müsse „daher mit einer Sorgfalt obnegleichen ausgearbeitet werden“. 2. „Das Programm einer demokratischen Partei kann nur so erarbeitet werden, daß es von den qualifiziertesten geistigen Trägern der Organisation von unten nach oben durchberaten wird“. 3. „Das Programm einer christlichen Partei kann nicht vom Christentum als einer Selbstverständlichkeit ausgehen . . . Bei den besonderen Verhältnissen in Deutschland ist mit äußerster Gewissenhaftigkeit zu vermeiden, daß eine Formulierung theologische Bedenken der einen oder anderen Konfession hervorrufen könnte“.

Schmidt wiederholte, Adenauer habe „ohne jede organschaftliche Weisung“ seinen „persönlichen Entwurf einer Kommission der Zone unterbreitet, . . . die wir nicht einmal der personellen Zusammensetzung nach kennen. Wir können um unseres Gewissens willen weder dieser Anwendung des Führerprinzips zustimmen noch dulden, daß einige wenige Personen sich berufen fühlen, das geistige Gesicht der Partei zu bestimmen³².“ Lakonisch antwortete Adenauer: „Zu 1) Richtig; zu 2) Dem Sinne nach richtig. . . ; zu 3) Richtig. Ich kann nicht zugeben, daß bei uns das ‚Führerprinzip‘ herrscht. Ich werde Ihnen den Werdegang des Programms am Mittwoch im einzelnen erläutern³³.“

Doch auch das Gespräch mit Adenauer ließ Schmidts „Gewissen . . . in dieser Sache nicht zur Ruhe“ kommen. „Sie wissen um meine Not“, ließ er in einem weiteren Schreiben den Zonenvorsitzenden wissen, „die mir in dieser Hinsicht (gemeint seien „die sachlichen, politischen Zusammenhänge zwischen Christentum und Politik bei uns“) das Zonenprogramm gemacht hat und immer noch macht. Ich kann nur sagen, in mancher schlaflosen Nacht ist mir die Problematik nur noch deutlicher geworden“. Was unterscheidet uns, so fragte Schmidt, von den Freien Demokraten, die auch stets den „Gesichtspunkt der christlichen Ethik“ herausstellten. „Wir müssen (aber) m. E. von einem besonderen christlichen Geschichtsverständnis (Gott ist Herr und Richter der Geschichte) und von Christus, in dem das Heil aller Völker und auch das Heil unseres Volkes allein beschlossen liegt, ausgehen. Denn nicht Systeme, und seien es die schönsten demokratischen und sozialistischen Systeme, ändern irgendetwas entscheidendes in der Welt, sondern nur Menschen, die von diesem Christus gefordert sind, die durch Ihn und in Ihm ‚geheilt‘ worden sind. Demgegenüber ist ‚Christliche Ethik‘ menschliche Ideologie nach Wunsch und Neigung so auslegungsfähig, daß am Ende nicht mehr als ein natürliches Sittengesetz übrig bleibt³⁴.“ Für die Wuppertaler Protestanten war

³¹ Telegramm von Schmidt an Adenauer vom 7. März 1946, StBKAH 127.

³² Brief von Schmidt an Adenauer vom 6. März 1946, HStAD, RWN – 119 – 1.

³³ Brief von Adenauer an Schmidt vom 9. März 1946. HStAD, RWN 119 – 1.

³⁴ Brief von Schmidt an Adenauer vom 2. April 1946, HStAD, RWN 119 – 1.

mit dem Briefwechsel zwischen Schmidt und Adenauer und einer persönlichen Aussprache zwischen beiden die Programmfrage noch nicht gelöst. Ein „Arbeitsausschuß zur Klärung programmatischer Fragen“ der CDU des Kreisverbandes Wuppertal, dem Otto Schmidt und H. von Lassaulx vorstanden, unterzog Anfang Mai die Präambel und das „eigentliche Programm“ von Neheim-Hüsten „eingehenden Beratungen“, „um zur Klärung der geistigen Grundlagen der CDU beizutragen“. In einem vertraulichen Rundschreiben vom 3. Mai 1946 verbreiteten die Wuppertaler ihre „Kritische(n) Überlegungen zum Aufruf und zum Programm der Christlich Demokratischen Union für die Britische Zone vom 1. März 1946“³⁵. Der Ansatz ihrer Kritik war das Verhältnis von Glauben und Politik, die Frage nach den religiösen Gründen für den Nationalsozialismus, den Zusammenbruch Deutschlands und die Problematik des spezifisch „Christlichen“ der CDU. Das „Christliche“ in der CDU könne man nur mit einer „Politik aus dem Glauben“ umschreiben. Der Abfall von dem von den Vätern überlieferten Bekenntnis sei der Grund für den Zusammenbruch gewesen. Wörtlich heißt es in der Analyse weiter: „Schon mit dieser Formulierung haben wir vermieden, daß der Eindruck erweckt wird, wir wollten predigen und die politische Rednerbühne zur Kanzel machen. Wir haben einfach eine historische Feststellung (!) gemacht, wie man sie auch bei Philosophen finden kann, die ohne Christen zu sein den tieferen Gründen nachspüren, die die heutige seelische Lage erklären“³⁶. Zu ihrer Analyse des Programmtextes formulierte die Wuppertaler Kommission eine „Präambel zum Programm der Christlich Demokratischen Union der Britischen Zone“ mit dem Untertitel „Wuppertaler Vorschlag“, der, aus ihrer spezifischen Haltung heraus, Politik aus dem Glauben zu treiben, den einzigen möglichen Zugang der Evangelischen zur politischen Ordnung und damit zum Programm von Neheim-Hüsten kundtat.

Ganz anders als von den Evangelischen wurde das Programm für die Britische Zone von den christlichen Sozialisten aufgenommen: Sie ignorierten es durchweg³⁷. Das für sie verbindliche Parteiprogramm blieben nach wie vor die Kölner Leitsätze. Trotz aller Bemühungen des Zonenvorsitzenden, der Verbindlichkeit des neuen Zonenprogramms für die Gesamtpartei Nachdruck zu verleihen³⁸, und trotz seines Versuchs, inhaltlich und formal auf die gemeinsame Quelle, die christliche Ethik, zu rekurrieren, ließen sich die ehemaligen Gewerkschafter von ihrem programmatisch eingeschlagene-

³⁵ HASTK, 1193 – 379.

³⁶ Ebd.

³⁷ Aus dem Zeitraum 1946/47 gibt es weder eine positive noch eine negative Stellungnahme der Gewerkschafter zum Programm von Adenauer, mit Ausnahme eines Briefes des evangelischen Gewerkschafters E. Marx aus Wuppertal, dessen Kritik ganz im Sinne von O. Schmidt gehalten ist. Vgl. Brief von Marx an Albers vom 25. März 1946, HStAD, RWN 119 – 1. – Auch P. Hüttenberger konnte keine weitere Stellungnahme der Gewerkschafter ausfindig machen. Er schließt aus Marx' Brief, daß die Gewerkschafter Adenauers programmatische Grundsätze „als nicht ausreichend betrachtet zu haben“ scheinen. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 69.

³⁸ Verschiedene Orts- und Kreisverbände im Rheinland und in Westfalen verbreiteten auch nach der Verabschiedung des Zonenprogramms noch die Kölner Leitsätze. Vgl. Heidenheimer, Adenauer, S. 69.

nen Weg nicht abbringen. Ja, die Diskussion um den Christlichen Sozialismus sollte im Frühjahr 1946 einen erneuten Auftrieb erhalten. Denn erstmals konnte Jakob Kaiser zu diesem Zeitpunkt Berlin verlassen und den lange versprochenen Besuch seiner Freunde im Westen antreten. Am 31. März sprach er auf dem Essener Burgplatz bei einer Großveranstaltung der CDU. Ausgehend von dem „entschlossenen Erneuerungswillen“, der 1920 nach der Rede Stegerwalds von dieser Stadt ausgegangen sei, forderte Kaiser den Aufbau einer neuen Ordnung im Sinne des christlichen Sozialismus. Wie bei seiner großen Programmrede in Berlin wiederholte Kaiser – jedoch in milderer Form – die historisch-politischen Analysen (wie z. B. die These vom Ende des bürgerlichen Zeitalters). Deutlich sprach Kaiser dabei die Forderung nach einer Wirtschafts- und Sozialreform im Sinne der christlich-sozialen Bewegung aus: „Um unseren Willen zum sozialen Bekenntnis der Union zum Ausdruck zu bringen, haben wir uns zum christlichen Sozialismus bekannt“. Kaiser wiederholte sein Berliner Programm, angepaßt allerdings an die Sprechweise seiner westlichen Freunde, indem er es unterließ, das Sozialprogramm in seine außen- und deutschlandpolitische Gesamtstrategie einzubeziehen; entsprechend verzichtete Kaiser auf die Formeln wie „christlicher Sozialismus als Brücke zwischen Ost und West“. Kaiser betonte dabei, daß dies das Programm sei, das „schon vor Wochen vom Rhein her Karl Arnold verkündet“ habe, der die „Union zum Fackelträger eines christlichen Sozialismus“ ausgerufen habe. Kaiser unterstrich, daß aufgrund der Erkenntnis, „daß es mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu Ende“ gehe und „daß eine neue soziale Ordnung an ihre Stelle treten“ müsse, die christlichen Sozialisten „sich eins mit der großen Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft“ fühlten³⁹.

Im Lager der Wuppertaler CDU schlug die Rede Kaisers hohe Wellen. Als erster brachte Otto Schmidt sein Mißfallen zum Ausdruck. Schmidt, der führenden CDU-Vertretern wegen seiner Zugehörigkeit zu völkischen Gruppen und seiner nicht klar vollzogenen Trennung zum Nationalsozialismus als „extrem rechts“ galt⁴⁰, warf den Sozialausschüssen der CDU „faschistische Denkweise“ vor. Denn zur Rede Kaisers am 29. März habe er eine Einladung erhalten, auf der – „unterzeichnet von Arnold, Albers und anderen“ – über Jakob Kaiser geschrieben worden sei: „Heute ist er unser Führer“. Schmidt lehnte es im übrigen ab, daß „hier bei uns in der Britischen Zone jetzt eine geistige Unterstellung unter die Autorität Jakob Kaisers“ vollzogen werde⁴¹. Noch schärfer als Schmidt kritisierte dessen Wuppertaler Parteifreund Klaus Brauda in einem Schreiben an Adenauer Jakob Kaiser und die ehemaligen christlichen Gewerkschafter: „Diese Herren glauben, einzig und allein die Interessen der Arbeitnehmer in der CDU und durch die CDU vertreten zu müssen. Insbesondere muß ich mich dagegen wehren, daß Programme, welche aus den Reihen der Gewerkschafter stammen, als Programme der CDU verkündet werden. . . .“ Die SPD des Rheinlandes habe schon verlauten lassen, daß zwischen ihr und den christlichen Gewerkschaftern kein „Unter-

³⁹ Vgl. Kaisers Rede vom 31. März 1946 in Essen, BA, Kaiser, 57.

⁴⁰ Brief von Schwering an Albers vom 6. Februar 1946, HStAD, RWN 119 – 1.

⁴¹ Brief von Schmidt an Adenauer vom 2. April 1946, HStAD, RWN 119 – 1.

schied in den beiderseitigen Auffassungen“ mehr sei. Kaisers christlicher Sozialismus sei in Wirklichkeit ein „christlicher Radikalismus“⁴².

Emil Marx, als Wuppertaler Protestant zu den gemäßigten christlichen Gewerkschaftern zählend, teilte – wenige Tage vor Kaisers Besuch im Westen – Albers seine „ernste Sorge“ über die Forderungen der christlichen Sozialisten und ihre Stellung innerhalb der Partei mit. „Mitten in einer sozialen Umschichtung allergrößten Ausmaßes“ stellten die christlichen Sozialisten Forderungen, die für die Partei und den „todwunden Wirtschaftsorganismus“ äußerst negativ seien und starke Spannungen auslösten. „Woher kommt es“, so fragte der Wuppertaler Protestant, „daß nun die Gewerkschaftssekretäre so vorpreschen, daß die Gefahr besteht, daß wir in der CDU in einen rechten und linken Flügel auseinanderfallen“⁴³?“ Da die Gewerkschafter und ihre Anhänger auch nach der Verabschiedung des Programms von Neheim-Hüsten für den christlichen Sozialismus eintraten, ja ihr Engagement dafür noch intensivierten, und da sich weiterhin mit Jakob Kaiser und seinen Berliner Mitarbeitern nun auch aus der sowjetischen Zone die Propaganda für den christlichen Sozialismus im Westen verbreiterte, lief das Adenauer-Programm – selbst in protestantischen Kreisen – an den Erwartungen und Einstellungen der meisten CDU-Mitglieder vorbei; der schwache Konsolidierungsversuch von Neheim-Hüsten war wirkungslos geblieben, der Graben zwischen den personalistisch-liberalen Wirtschafts- und Sozialideen Adenauers und den Forderungen der Gewerkschafter nach christlicher Sozialreform war unüberbrückbar.

*Konrad Adenauer und die christliche Gesellschaftsreform:
Die CDU sucht den „dritten Weg“*

Adenauer erkannte das Manko seines Zonenprogramms sehr schnell: Nur fünfeinhalb Wochen nach dessen Verabschiedung, am 10. April 1946, wurde auf einer Sitzung des Landesvorstandes der CDU der Nordrheinprovinz unter der Leitung Adenauers die „Gründung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses“ beschlossen, „der wegen seiner besonderen Bedeutung, nämlich der Festlegung der grundsätzlichen Linien in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Christlich-Demokratischen Union, 17 (statt üblicherweise 7–9, d. V.) Mitglieder haben soll. Er soll sich“, so heißt es im Protokoll weiter, „aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Konsumenten zusammensetzen. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten wurden Dr. Pferdenges und Gockeln gewählt, welche unter sich eine Vereinbarung über die Federführung treffen werden“⁴⁴.“ Der Programmausschuß war somit von vorneherein angelegt, ein Kompromißprogramm auszuarbeiten⁴⁵.

⁴² Brief von Brauda an Adenauer vom 8. April 1946, HStAD, RWN 119 – 1.

⁴³ Brief von Marx an Albers vom 25. März 1946, HStAD, RWN 119 – 1.

⁴⁴ HStK, 1193 – 386. Der Bankier Robert Pferdenges war Adenauers Freund und Wirtschaftsberater. Josef Gockeln zählte zu den gemäßigten Gewerkschaftern.

⁴⁵ Diese frühe Berufung der Vorbereitungskommission für das Ahlener Programm zeigt, daß es primär innerparteiliche Probleme waren, die zur Erstellung des umstrittenen Manifests den Ausschlag gaben und nicht die von außen drängenden politischen Konstellationen des Winters

Anders als beim Zonenprogramm war die ganze Vorbereitung des neuen Manifestes organisatorisch und zeitlich großzügig angelegt. Die Verfahrensweise im Ausschuß sollte „demokratischer“ sein als seinerzeit in Neheim-Hüsten, doch mußte auch diesmal Adenauer ein entscheidendes Mitspracherecht zugebilligt werden. Denn wie das Protokoll der Vorstandssitzung zu erkennen gibt, wurde beschlossen, „daß die Ausschüsse keine endgültigen Entscheidungen treffen können“, vielmehr mußten sie „ihre sämtlichen Arbeitsergebnisse dem Landesvorstand zur Beschlußfassung“ vorlegen. Damit war allerdings nur wiederholt worden, was Adenauer als Landes- und Zonenvorsitzender ohnehin zugestanden hätte.

Adenauers erste offizielle Stellungnahme gegen den christlichen Sozialismus erfolgte kurz nach Kaisers Reden in Essen und Düsseldorf. Am 3. April 1946 in Stuttgart, dem Sitz des Länderrats fand eine Besprechung der Länderchefs der amerikanischen und der britischen Zone statt. Adenauer hatte die Gelegenheit benutzt (wahrscheinlich wurde er durch Kaisers Auftreten im Westen dazu veranlaßt), mit den in Stuttgart weilenden CDU- bzw. CSU-Länderchefs eine kurzfristig angesetzte Unterredung zu führen. Dabei verschaffte sich Adenauer die nötige Rückendeckung, um Kaiser – der trotz seines Aufenthaltes im Westen zu dieser wichtigen Sitzung nicht hinzugezogen worden war – mit dem nötigen Gewicht entgegenzutreten zu können und einen ersten Schlag gegen den christlichen Sozialismus landen zu können⁴⁶. Adenauer fertigte eine Aktennotiz von dem Stuttgarter Gespräch an und überreichte sie Kaiser bei dessen Besuch am 6. April in Rhöndorf. In ihr heißt es: „Alle Anwesenden waren sich darin einig, daß . . . der Sitz der künftigen Parteileitung nicht Berlin oder ein Ort der russischen Zone sein dürfte“, auch dann nicht, „wenn Berlin nicht von den Russen besetzt wäre“. Und weiter schreibt der Zonenvorsitzende: Herr Dr. Adenauer „wurde ersucht, Herrn Jakob Kaiser mitzuteilen, daß . . . die Anwesenden sich nicht einverstanden erklären könnten mit verschiedenen Sätzen, die Herr Kaiser in der letzten Zeit in öffentlichen Reden programmatisch ausgesprochen habe, oder die in dem von der CDU-Leitung Berlin herausgegebenen Material enthalten seien. Es wurden insbesondere in dieser Hinsicht folgende Ausführungen angeführt, mit denen man nicht einverstanden sei:

1. Auf deutschem Boden bzw. in Berlin müsse eine Synthese zwischen Ost und West erfolgen,
2. die bürgerliche Epoche sei zu Ende,
3. das kommunistische Manifest sei eine Großtat.

1946/47 (Streit Adenauer – Kaiser, Sozialisierungsdebatte im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Sozialisierungspläne der britischen Regierung). Vgl. Ambrosius, Durchsetzung, S. 39; Peter Molt, Die CDU, in: Gebauer, Hättich, Treue u. a., Politische Bewegungen in Deutschland, S. 128. – Ein Brief von Pferdmenkes an G. Ziersch vom 30. April 1946 belegt die über das tagespolitische Geschehen hinausgehende Bedeutung dieses Programmausschusses: „ . . . Die CDU der Nordrheinprovinz ist im Begriff, einen sehr wichtigen Ausschuß zu bilden, und zwar einen Wirtschafts- und Sozialausschuß“. HStAD, RWN 116 – 3. Leo Schwing hat die Bedeutung dieses Ausschusses erkannt. An den Rand seiner Durchschrift des Protokolls vom 10. April 1946 schrieb er: „Geburtsstunde des Ahlener Programms“. HASTK, 1193 – 386.

⁴⁶ Vgl. Conze, Jakob Kaiser, S. 69 ff.

Dr. Adenauer wurde weiter ersucht, Herrn Jakob Kaiser als einstimmige Ansicht der Versammelten mitzuteilen, daß Ausführungen wie: ‚Wir sind Sozialisten‘ oder ‚Christlicher Sozialismus‘ nicht am Platze seien. Es handelt sich dabei nach Ansicht der Anwesenden um Schlagworte ohne besonderen Inhalt, die aber geeignet seien, Verwirrung und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten unter den Anhängern der CDU bzw. der Bayerischen Christlich Sozialen Union hervorzurufen⁴⁷.“

Der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Zurückdrängung des christlichen Sozialismus und einem neuen alternativen Reformprogramm wird aus Adenauers Notiz deutlich, in der es weiter heißt: „Alle Anwesenden waren sich darin einig, daß es absolut notwendig sei, ein sozialpolitisches Programm zu entwickeln, das sowohl den Interessen der Allgemeinheit wie den berechtigten Ansprüchen der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber gerecht wird . . . Von Seiten der CDU der britischen Zone wurde mitgeteilt, daß auf der Tagesordnung der nächsten Tagung des Zonenausschusses die Wahl eines Ausschusses zur Entwicklung eines sozialpolitischen Programms stehe“. (Am 10. April 1946, also nur sieben Tage später, war der für die Aufstellung des neuen Sozialprogramms zuständige Ausschuß eingesetzt worden). Es liegt nahe, daß Adenauer nicht bloß Protokollant, sondern auch Initiator der Stuttgarter CDU-Beschlüsse war. Die darauffolgenden Besprechungen zwischen Adenauer und Kaiser in Rhöndorf waren inoffiziell. Ein offizielles Treffen zwischen den Parteivorständen der britischen und der sowjetischen Zone lehnte Adenauer ab, da dies eine Hervorhebung Kaisers bedeutet hätte. Deshalb wurde Albers, der als zweiter Vorsitzender der rheinischen CDU den gesamten Vorstand mit Kaiser zusammenbringen wollte, von Adenauer zur Ordnung gerufen: „Dazu sei er ohne Genehmigung durch den ersten Vorsitzenden nicht befugt“⁴⁸. Werner Conze kommentierte Adenauers Schlag gegen Kaiser und den christlichen Sozialismus: „Der erste Vorsitzende der Berliner und Sowjetzonen-CDU mußte vor der Tür des maßgeblichen rheinischen Parteigremiums stehen bleiben! Albers und seine Freunde standen zwischen den Fronten; ehrlich der alten Freundschaft zum führenden christlichen Gewerkschafter verpflichtet, hatten sie doch selbst dazu beigetragen, daß Adenauer die Spitzenstellung im Rheinland und in der Zone erlangt hatte. Nun waren sie politisch von Adenauer abhängig und versuchten, den inneren Zwiespalt so weit wie möglich von sich abzuschieben und nach außen zu verdecken“⁴⁹. Auf der Zonentagung vom 25. und 26. April 1946 in Neuenkirchen wurde dann die Programm Vorbereitung auf die Zonenorgane übertragen. Es wurden ein Wirtschaftspolitischer Ausschuß und ein Wirtschafts- und Sozialausschuß gebildet, dem u. a. auch Josef Gockeln, der schon mit Pferdenges den Programmausschuß der Landespartei leitete, angehörte⁵⁰. Die Programmvorbereitungen liefen damit auf Landes- und auf Zonenebene, wobei mehrere Mitglieder in beiden Ausschüssen vertreten waren. Auf der nächsten Zonentagung – sie fand vom 26. bis 28. Juni in Neuenkirchen statt – nahm

⁴⁷ StBKAH, 322.

⁴⁸ Conze, Jakob Kaiser, S. 78.

⁴⁹ Ebd., S. 76.

⁵⁰ Protokoll der Zonenausschußsitzung, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 139.

Adenauer erstmals vor dem Parteigremium der Zonen-CDU offiziell Stellung zum christlichen Sozialismus. Es handele sich bei diesem Wort „nicht um eine zutreffende Wortzusammenstellung“. Der Protokollant der Sitzung faßte Adenauers Ausführung zusammen: „Man dürfe auf die Dauer die Anhänger der Partei nicht daran gewöhnen, im Sozialismus schlechthin etwas Tragbares zu sehen. Noch im September 1945 habe die SPD der Auffassung zugeneigt, daß man den Klassenkampfgedanken aufgeben wolle, jetzt aber habe Dr. Schumacher erklärt, daß Sozialismus und Marxismus identisch seien. Der Ausdruck Sozialismus sei wissenschaftlich und im Sprachgebrauch gegeben“. Und Adenauer direkt zitierend, heißt es weiter: „Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen, und zwanzig laufen weg. In der heutigen Zeit in Deutschland von Sozialismus zu sprechen, ist reine und blasse Theorie. Wir haben einen derartigen Sozialismus in Deutschland, daß bis zum letzten Hosenkнопf und bis zur letzten Nähnadel nichts produziert und verkauft werden kann, ohne daß es von den Alliierten genehmigt, die Zuteilung erfolgt und der Preis festgesetzt ist. Es kommt darauf an, daß wir dem arbeitenden Menschen wieder Freude an seiner Arbeit geben und daß er vom Ertrage seiner Arbeit ein anständiges Leben führen kann“. Unmittelbar verwies Adenauer darauf, daß „im übrigen . . . der Fachausschuß dem Zonenausschuß demnächst ein Reformprogramm der CDU zur Lösung der sozialen Frage und Neuschaffung einer Wirtschaftsordnung vorlegen“ werde⁵¹. Schließlich wollte Adenauer noch zusätzlich eine EntschlieÙung zu diesem Thema verabschieden, in der es hieß: „Die sozialpolitische Haltung der CDU in ganz Deutschland zeigt eine erfreuliche Übereinstimmung. Die Grundsätze des Christentums bestimmen die ganze Stellungnahme . . . Der Zonenausschuß für die britische Zone vertritt die Auffassung, daß eine umfassende Sozialreform unerläßlich ist . . .“. Und gegen Schluß hieß es in Punkt 7: „Die Anwendung der Bezeichnung ‚Christlicher Sozialismus‘ oder ‚Sozialismus aus christlicher Verantwortung‘ als Ausdruck sozialer Haltung und sozialen Wollens oder auch in einer umfassenderen Bedeutung ist irreführend⁵².“ Der Gewerkschafter Strunk aus Essen und Christine Teusch lehnten Punkt 7 der EntschlieÙung ab. Da Adenauer die EntschlieÙung nicht ohne diesen Punkt annehmen wollte, wurde sie im ganzen fallengelassen⁵³.

Vier Wochen später mahnte Adenauer auf einer Landesvorstandssitzung der rheinischen CDU die Teilnehmer, „alle Differenzen irgendwelcher Art, die zwischen uns in den Ansichten bestehen mögen, zurückzustellen bis nach den Wahlen . . . Das gilt insbesondere auch für die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen dem einen oder anderen von uns bestehen über die Zweckmäßigkeit des Gebrauchs der Worte christlicher Sozialismus oder Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Ich gehe nicht hierauf ein heute auf irgend eine sachliche Wertung, sondern ich habe nur die dringende Bitte, daß wir auch nach außen hin vermeiden wollen und vermeiden müssen, als wenn wir in irgend einer erheblichen Angelegenheit verschiedener Meinung seien. Wir sind

⁵¹ Protokoll der Zonenausschußsitzung, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 149f.

⁵² Brief von Thedieck an Kaiser vom 15. Mai 1946, zit. nach Conze, Jakob Kaiser, S. 87.

⁵³ Ebd.

es ja auch hier gar nicht in der Sache selbst⁵⁴.“ Tatsächlich aber waren die Positionen zwischen Adenauer und den (meisten) Gewerkschaftern gegensätzlich und fast unvereinbar, auch wenn der Zonenvorsitzende nach innen und außen alles tat, um die Gegensätze zu kaschieren. In derselben Landesvorstandssitzung bemühte sich Adenauer sogar zu „versichern, daß alle diese Redereien in den Zeitungen, als wenn zwischen Herrn Kaiser und mir irgendwelche erheblichen Meinungsverschiedenheiten bestünden, völlig aus der Luft gegriffen sind“. Johannes Albers konterte sofort: „Diese Redereien machen wir ja nicht.“

Wollte Adenauer auf das hartnäckige Festhalten der christlichen Gewerkschafter an ihren christlich-sozialen Ordnungsideen hin den potentiellen Wählern der neuen Partei und dem politischen Gegner, vor allem der SPD, nicht das Bild einer zerstrittenen Partei vor Augen führen, dann mußte er praktisch in den entscheidenden Programfragen Zugeständnisse machen. Kompromißbereitschaft ließ Adenauer schon bald nach der Verabschiedung seines Zonenprogramms erkennen, ohne daß dadurch aber schon eine Einigung mit den christlichen Sozialisten erzielt worden wäre. Nach seiner Wahl zum Zonenvorsitzenden stellte sich Adenauer zunächst in mehreren Rundfunkreden der Öffentlichkeit vor und erläuterte dabei das Zonenprogramm vom 1. März 1946, dessen Text er meist wörtlich wiedergab⁵⁵. Doch nur drei Wochen nach der Zonentagung von Neheim-Hüsten machte Adenauer von seinem Zonenprogramm wesentliche Abstriche. In seiner Heimatstadt Köln begann Adenauer am 24. März 1946 seine zahlreichen Großveranstaltungen, auf denen er von nun ab fast ständig die sozialen und wirtschaftlichen Ordnungsideen des christlichen Sozialismus wiedergab, die er – trotz der eindringlichen Bitte Pater Siemers – in das Programm vom 1. März 1946 noch nicht hatte aufnehmen wollen⁵⁶. Mit dieser planmäßigen, äußerst geschickten Einbeziehung der von den christlichen Sozialisten schon seit Sommer 1945 proklamierten Grundsätze in seine Programmreden beschritt Adenauer einen neuen Weg, der für die kommenden Monate bis hin zur Zonentagung von Ahlen vom 1.–3. Februar 1947 das gesellschaftspolitische Image der Zonenpartei bestimmen sollte: In deren

⁵⁴ Landesvorstandssitzung vom 24. Juli 1946, CDU Landesverband Rheinland, HStAD, RWN 26.

⁵⁵ Vgl. Rundfunkrede des 1. Vorsitzenden des Zonenausschusses der Christlich-Demokratischen Union in der britischen Zone, Oberbürgermeister a. D. Dr. Konrad Adenauer über das Programm der CDU, gehalten am 6. März 1946 über den Nordwestdeutschen Rundfunk, Köln 1946. Ferner Rede Adenauers vom 23. März 1946, StBKAH, Reden Adenauer 1946, Nr. 3. Hier wird das Programm von Neheim-Hüsten noch wörtlich wiedergegeben. Nur einen Tag später, auf der ersten öffentlichen Großveranstaltung in der Kölner Universität, wich Adenauer beträchtlich von den liberalwirtschaftlichen Grundsätzen seines Zonenprogramms ab und übernahm wesentliche Grundsatzforderungen der christlichen Sozialisten.

⁵⁶ Pater Siemer hatte mit Adenauer eine Aussprache über dessen Entwurf zum Programm von Neheim-Hüsten. Der Dominikaner bemängelte, daß Adenauers Programmskizze „die von der CDU in Walberberg gefaßten Beschlüsse (die Kölner Leitsätze, d. V.) nicht nur formal, sondern auch inhaltlich modifizierte“. Adenauer, so Pater Siemer weiter, „nahm jede von mir geübte Kritik dankbar an, zeigte aber keine große Bereitwilligkeit, die von mir gewünschte Umänderung des Abschnitts über die sozialen Forderungen der CDU vorzunehmen“. Siemer, Aufzeichnungen, S. 161 f.

Programm sollten also künftig christlich-sozialistische Ideen neben den verborgenen, und daher nicht für jedermann sogleich erkennbaren, liberalen Forderungen ihren Platz haben⁵⁷.

Daß Adenauer mit seiner neuen Taktik der „Umarmung des linken Flügels“⁵⁸, d. h. der modifizierten, ständig variierten Proklamation der Sozialforderungen der Gewerkschafter, ausgerechnet in Köln begann, ist kein Zufall: Hier im Zentrum der katholischen Arbeitervereine, der Gesellenvereine und der christlichen Gewerkschaften hatten die christlichen Sozialisten ihre stärksten Anhänger. In der Aula der Kölner Universität sagte der einstige Oberbürgermeister zur Wirtschafts- und Sozialpolitik: „Wir sind der Auffassung, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat. Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Unsere grundsätzliche Auffassung verbietet es uns, als Sinn der Wirtschaft nur das ungehemmte Gewinnstreben des Einzelnen zu sehen. Die Wirtschaft hat sich dem Gemeinwohl unterzuordnen. Eine vernünftige Planung und Lenkung der Wirtschaft, ein ständiges Koordinieren der Kräfte in unserer Zeit ist unerlässlich. Dies geschieht vielleicht am besten in Selbstverwaltungskörperschaften, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und unbeteiligte Konsumenten gleichberechtigt vertreten sind. Wir wollen Beteiligung der Arbeiterschaft an Führung und Verantwortung, und zwar nicht nur im Rahmen der genannten Selbstverwaltungskörperschaften, sondern auch in großen anonymen Kapitalgesellschaften, in denen das Eigentumsrecht mehr oder weniger an Einfluß hinter

⁵⁷ A. Heidenheimer, Adenauer, S. 124, hat schon im Jahre 1960 die rein taktisch bedingte Anlehnung Adenauers an die Grundsätze der christlichen Sozialisten hervorgehoben. Er bemerkt dazu, daß Adenauer seinen Verbeugungen vor den Forderungen des linken Flügels, d. h. der Anerkennung der Verstaatlichung partieller Industriezweige, stets ausführliche Ausführungen über das Recht auf Privateigentum folgen ließ.

⁵⁸ Wolfgang Jäger, Adenauers Einwirkungen, S. 445, verwirft die These, daß Adenauer aus taktischen Gründen, d. h. um die Gegensätze zum christlichen Sozialismus nicht nach außen offenbar werden zu lassen und die gegensätzlichen, sonst kaum zu vereinenden Positionen zwischen dem linken und rechten Flügel zu verbergen, gehandelt hat. (Daß es sich bei Adenauers sozialprogrammatischen Ausführungen vom 24. März 1946 um die – wenn auch modifizierte – Wiedergabe der von Johannes Albers am 15. November 1945 vorgetragene Programmrede in der Kölner Universität handelt, hat schon der Verfasser des Artikels, Johannes Albers + – Erinnerungen und Erlebnisse. Deutsches Monatsblatt, April 1963 – [sehr wahrscheinlich Leo Schwing] bemerkt). Jäger dagegen behauptet, daß die sozialprogrammatische Position der CDU der britischen Zone, wie sie Adenauer in seinen Reden der Jahre 1946/47 vorgetragen und schließlich im Ahlener Programm verbindlich vorgelegt habe, ausschließlich vom Zonenvorsitzenden selbst entworfen worden sei. Jäger versucht dabei, den „beliebten Versuch, Adenauer als bloßen Taktiker darzustellen“, zu widerlegen und demgegenüber nachzuweisen, daß „Adenauer im Bereich der Ideenproduktion für eine Neustruktur des wirtschaftlichen Bereichs bislang zu sehr am Rande des Blickfeldes der zeitgeschichtlichen Forschung“ gestanden habe. Adenauer sei der politische Theoretiker der Gesamtpartei gewesen, so daß er auch die sozialreformerische Programmatik der Zonenpartei selbst konzipiert habe. Bei der Skizzierung dieses neuen Adenauer-Bildes behauptet Jäger sogar – ohne Belege –, daß Adenauer „sich an die Spitze der theoretischen Arbeit (des linken Flügels)“ gestellt habe! Jäger projiziert das breite, höchst divergente Programmspektrum der Partei in die Person Adenauers und läßt den linken Flügel unberücksichtigt.

dem Direktionsrecht zurückgetreten ist. Wir wollen weiter Beteiligung der Arbeiterschaft am Ertrag, gerechten Ausgleich zwischen Unternehmer und Arbeiter. Für uns ist der Arbeitsvertrag nicht ein rein schuldrechtliches Verhältnis, sondern auch ein Gemeinschaftsvertrag. Der Arbeiter verkauft seine Arbeit nicht als Ware, wie es der Anschauung des Hochkapitalismus und auch des ökonomischen Materialismus entspricht. Er geht vielmehr mit dem Unternehmer ein Gemeinschaftsverhältnis ein⁵⁹.“

Nach der privatwirtschaftlichen Seite hin interpretiert, gibt dann Adenauer die Begründung für die Ertragsbeteiligung wieder, die auch Pius XI. in *Quadragesimo anno* gebrauchte: „Das Kapital und der dahinterstehende unternehmerische Geist können nicht ohne die Arbeit und die Arbeit kann nicht ohne das Kapital und die schöpferische Initiative des Unternehmers bestehen. Hierin liegt die sittliche Grundlage für eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages⁶⁰.“ Wie in seinem Programm, so pflegte Adenauer zunächst auch in seinen Reden die gleiche Taktik in der Sozialisierungsfrage anzuwenden, d. h. diese ausweichend zu beantworten. In Köln sagte er: „Verstaatlichung der Produktionsmittel ist in unseren Augen . . . nicht unbedingt und immer mit sozialem Fortschritt gleichzusetzen. Solange die deutsche Wirtschaft nicht frei ist, kann im übrigen die Frage der Vergesellschaftung kaum praktisch werden⁶¹.“ Nach eingehender Würdigung der Arbeit der früheren christlichen Gewerkschafter für den Aufbau der Partei und der Einheitsgewerkschaft fuhr dann Adenauer wörtlich fort: „Bei der Kohle handelt es sich um einen wirtschaftlichen Grundstoff von entscheidender Bedeutung. Daher erstreben wir die möglichst baldige Vergesellschaftlichung der Bergwerke⁶².“

Charakteristisch für Adenauers ausweichende Haltung in der Sozialisierungsfrage ist seine Rede auf einer Großveranstaltung in Düsseldorf vom 12. Mai 1946, auf der er die Frage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in einem Atemzug verneinte, dann bejahte und seine positive Antwort sofort wieder durch eine kritische Anmerkung aufhob. Der Zonenvorsitzende sagte in Düsseldorf: „Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die jetzt wieder von der Sozialdemokratie in Hannover gefordert wird, ist eine Maßnahme, die dagegen unseres Erachtens zurücktritt. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird sich auch in einzelnen Teilen der Wirtschaft als notwendig erweisen, insbesondere im Bergbau, weil die Kohle das Fundament der ganzen Wirtschaft ist, daß aber Vergesellschaftung eines großen Unternehmens, eines Walzwerkes oder was immer es sein mag, den darin Beschäftigten nun an das Werk beson-

⁵⁹ Rede des Ersten Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die britische Zone, Oberbürgermeister a. D. Dr. Konrad Adenauer in der Aula der Kölner Universität am Sonntag, dem 24. März 1946, Köln (1946), S. 8 f.

⁶⁰ Rede des 1. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die britische Zone, Schriftenreihe der CDU-Rheinland, Heft 8, S. 9. Zu den Ansprüchen von Arbeit und Kapital am Ertrag heißt es in *Quadragesimo anno* (unter Bezugnahme auf *Rerum novarum*): „So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen“. Q. A. Nr. 53.

⁶¹ Rede Adenauers vom 24. März 1946, S. 9.

⁶² Ebd.

ders kettet und mit besonderer Freude an der Arbeit erfüllt, das habe ich bisher nirgendwo gefunden⁶³.“

Je nach Publikum variierte Adenauer ständig die Forderungen nach einer christlichen Sozialreform⁶⁴ oder er stellte sie – wie in Wuppertal – gar nicht erst auf. Dort sagte er nur: „Ich möchte Ihnen über unser Programm im einzelnen keine besonderen Ausführungen machen. Sie haben das ja in unseren Schriften gelesen und in Versammlungen gehört. Unser Programm ist, glaube ich, völlig klar und eindeutig⁶⁵.“ Ab Ende Juli konnte Adenauer auf die (bevorstehenden) Ergebnisse der Programmkommission hinweisen und die Frage der Vergesellschaftung geschickt umgehen: „Zur Vergesellschaftung: Sie werden das Nähere aus dem Programm, das . . . in wenigen Wochen der Öffentlichkeit übergeben wird, ersehen. Zur Vergesellschaftung stehen in erster Linie bereit die Bergwerke. Wir wünschen, daß sie möglichst bald vergesellschaftet werden. Was kommen wird, liegt nicht in unserer Hand⁶⁶.“

2. Auf dem „Weg nach Ahlen“

Die Essener Leitsätze vom August 1946 als Zwischenstation

Am 24. August 1946 gab Adenauer auf dem Essener Burgplatz die neuen Leitsätze der CDU bekannt, die nun als Essener Leitsätze bereits das vierte Programm der CDU bzw. CDP in Nordrhein-Westfalen darstellten. Sie hatten die Funktion, den Weg bis zur Verabschiedung eines „reifen Zonenprogramms“ zu überbrücken und einen ersten Schritt von dem – so stark kritisierten – privatwirtschaftlich-personalistischen Programm zu einem mehr gemeinwirtschaftlich orientierten zu machen. Unter Gockelns Führung waren die Leitsätze relativ schnell ausgearbeitet worden. Offenbar im letzten Moment war noch ein kleiner Fortschritt in der Vergesellschaftungsfrage erzielt worden. Während es in der von Adenauer dem Zonenausschuß am 1. und 2. August vorgelegten Fassung hieß: „Verstaatlichungsbestrebungen ohne zwingende volkswirtschaftliche Notwendigkeit können deshalb nicht unsere Zustimmung finden“¹, heißt es in der Schlußfassung: „Reinen Verstaatlichungsbestrebungen gegenüber werden gemischtwirtschaftliche und genossenschaftliche Betriebsformen bevorzugt. Die CDU ist der Ansicht, daß z. B. auch der Bergbau in dieser Form geführt werden kann“². Die Formu-

⁶³ Rede Adenauers in Düsseldorf vom 12. Mai 1946, S. 8, StBKAH, Reden Adenauer 1946, Nr. 7.

⁶⁴ Vgl. Adenauers Reden auf den CDU-Großkundgebungen 1946, StBKAH.

⁶⁵ Rede Adenauers vom 5. Mai 1946 in Wuppertal (Elberfeld), S. 9, StBKAH, Reden Adenauers 1946, Nr. 6.

⁶⁶ Rede Adenauers vom 28. Juli 1946 in Dortmund, StBKAH, Reden Adenauer 1946, Nr. 12.

¹ Entwurf des wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU für die britische Zone, § 5, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 176 f.

² Essener Leitsätze vom 24. August 1946, § 5.

lierung „gemischtwirtschaftliche und genossenschaftliche Betriebsformen“ war – vom Standpunkt Adenauers aus gesehen – insofern ein Fortschritt, als damit erstmals in den vom Zonenvorsitzenden beeinflussten bzw. vorgetragenen Programmen und Programmreden positiv ein wirtschaftsorganisatorisches Modell angedeutet wurde und damit nicht – wie bisher im Programm von Neheim-Hüsten und in den Reden auf den Großveranstaltungen – die Sozialisierungsfrage allzu ausweichend beantwortet wurde.

Mit „Gemischtwirtschaft“ war also zunächst einmal ein Schlagwort gefunden, das für die Agitation geeignet erschien, zumal es nicht nur sehr ähnlich wie die Forderung der Gewerkschafter nach (sozialistischer) „Gemeinwirtschaft“ klang, sondern von diesen auch mitunter im letzteren Sinne verwendet wurde. Auch inhaltlich bedeutete der Begriff „Gemischtwirtschaft“ insofern ein Näherrücken der Positionen, als er eine Wirtschaftsorganisation impliziert, in der die öffentliche Hand und privates Kapital an den (Groß-)Betrieben gemeinsam beteiligt sind. Demnach war mit diesem „Annäherungsprogramm“ nur ein Teil der christlich-sozialistischen Forderungen erfüllt, da diese neben der Beteiligung mit gleicher Entschiedenheit auch die Überführung der Produktions- und Investitionspolitik in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft verlangten. Diese Intention verband Adenauer sicherlich nicht mit dem Begriff „Gemischtwirtschaft“³; andererseits waren die christlichen Sozialisten weder in der Vorbereitungsphase der Essener Leitsätze noch danach bereit, in dieser Grundforderung ihres Systems nachzugeben. Somit aber war auch nach Adenauers Integrations- und Harmonisierungsversuchen der Streit um den christlichen Sozialismus alles andere als ein bloßer „Streit um Worte“, wie es der Zonenvorsitzende immer wieder behauptet hat.

Wie schon zuvor in der Gründungsphase, so bezogen auch in den Jahren 1946/47 die Gewerkschafter die entscheidenden geistigen Grundlagen für die christliche Sozialreform von den Dominikanern in Walberberg. Im Frühjahr 1946 erschien die von den Gewerkschaftern „angeforderte“ Erweiterung der Programmschrift „Was nun?“, „Die Entscheidung in die Zukunft“. Welty legte diese Arbeit fast gleichzeitig mit dem zunächst nur für die innerparteiliche Arbeit und Agitation bestimmten Artikel „Christlicher Sozialismus“ vor. In diesem ging es Welty primär um die Fundierung des Systems und Begriffs „Christlicher Sozialismus“, mit der die vielen bis dahin schon geäußerten Angriffe und Mißverständnisse, vor allem im Hinblick auf den (marxistischen) Sozialismus und die Enzyklika Quadragesimo anno („Religiöser Sozialismus, christlicher Sozialismus sind Widersprüche in sich; es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein“, Nr. 120), abgewehrt werden sollten. Bezüglich des „Marxismus“ argumentierte Welty, anders als dieser Begriff habe das Wort „Sozialismus“ „seinem unmittelbaren Sinn nach weder geschichtliche noch systemhaft umschriebene inhaltliche Bedeutung“. Es leite sich ab von „sozial“ und besage lediglich, „daß die sozialen Belange genügend fest und breit wahrgenommen werden, um eine

³ Der Grundsatz der Privatinitiative, Essener Leitsätze § 5, wird auch vom christlichen Sozialismus anerkannt, der ihn jedoch im Rahmen der wirtschaftsdemokratischen Selbstverwaltungskörperschaften verwirklicht sehen möchte.

Lehre oder eine Lebensauffassung vom Sozialen her gültig und zutreffend zu benennen“⁴. Gegenüber Angriffen vor allem aus kirchlichen Kreisen argumentierte Welty, Pius XI. habe zwar die bis dahin bekannten christlich-sozialistischen Systeme, d. h. insbesondere solche, die zu stark bei der dem marxistischen Sozialismus eigentümlichen Gesellschaftsauffassung Anleihen gemacht hätten, abgelehnt, aber sein eigener (Welty's) Sozialismus, der die Forderungen des Papstes über Vernunft, Offenbarung, Personenwürde und endzielhafte Berufung des Menschen anerkenne, könne mit der Verurteilung nicht gemeint sein. „Dieser Sozialismus“, so resümiert Welty, „nennt sich nicht nur christlich, er *ist* christlich“⁵. „Wenn dieser Begriff aber“, so räumt Welty ein, „zu viele Mißverständnisse mit sich bringen sollte“, dann „wäre es ratsamer, auf den Ausdruck zu verzichten“⁶.

In die Diskussion um den christlichen Sozialismus griff auch der im Dezember 1945 in Bad Godesberg gebildete Interzonenausschuß der CDU ein, der um die Fortsetzung der auf dem ersten Reichstreffen angestrebten Weiterentwicklung und Annäherung der in den jeweiligen Besatzungszonen vorherrschenden christlich-sozialistischen Konzeption bemüht war. Die Koordinationsarbeit des Interzonenausschusses, die vor allem von dessen Sekretär Bruno Dörpinghaus in Frankfurt und der ehemaligen Kommunistin, der Schriftstellerin Maria Sevenich aus Darmstadt, geleistet wurde, umfaßte auch die programmatisch-politische Vorarbeit für das nächste Reichstreffen der Unionsparteien. Im April 1946 fand eine erste Interzonentagung in Mingolsheim statt. Die „grundsätzliche Frage der Ausrichtung der Union“, so heißt es im Bericht über die Sitzung, habe „keine ernsten Schwierigkeiten“ bereitet, anders stehe es in der Frage der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo es „verschiedene Konzeptionen“ gebe. Das Hauptproblem sei die „Debatte Sozialismus – Solidarismus“, die sich als programmatische Richtungen in der CDU „gegenüberstehen“⁷.

Zur Klärung dieses Problemkreises und zur Annäherung der Positionen fand am 15. und 16. Juni 1946 auf Anregung von Maria Sevenich im Kloster Walberberg eine Arbeitstagung der Vertreter des christlichen Sozialismus „innerhalb der Union“ statt.

⁴ Zitiert nach dem in der „Neuen Ordnung“ abgedruckten Artikel, der gegenüber dem unveröffentlichten Manuskript für die Parteiarbeit nur unwesentlich verändert ist. Welty, Christlicher Sozialismus, S. 57. Vgl. auch dessen Manuskript für die CDU, ACDPStA, Nachlaß Dörpinghaus, Akte Zwischenzonenverbindungsausschuß.

⁵ Ebd., S. 133.

⁶ Ebd., S. 69.

⁷ Undatiertes Rundschreiben des Interzonenverbindungsausschusses in Frankfurt (Juni 1946), ACDPStA, Nachlaß Dörpinghaus, Akte Zwischenzonenverbindungsausschuß. Die Bedeutung der christlich-sozialen Schulen des Katholizismus und ihrer Divergenzen für die CDU (auch in der Sowjetzone) unterstreicht eine Aktennotiz Jakob Kaisers vom Herbst 1947, die ein Gespräch zwischen den christlichen Sozialisten Berlins, Kaiser, Tiburtius, Tilmanns und dem Lutheraner von der Gablentz auf der einen und dem Solidaristen Prof. Gundlach, S. J., Rom, auf der anderen Seite protokolliert. BA, Kaiser, 88. – Vgl. ferner „Stimmen der Zeit“ contra Kaiser – Organ der Jesuiten lehnt christlichen Sozialismus ab“, in: Neue Zeit, München, 27. Oktober 1947; „Jesuiten gegen ‚christlichen Sozialismus‘“, in: Telegraf, Berlin, 29. Oktober 1947.

Diese Tagung sollte zur Vorbereitung einer Aussprache mit den Vertretern des Solidarisismus dienen. Diskussionsgrundlage für die Walberberger Tagung war die „Arbeit von Pater Welty über Christlichen Sozialismus“. Wörtlich heißt es im Brief des Interzonenausschusses: „Pater Welty ist einer der führenden Theoretiker auf diesem Gebiete, Frl. Sevenich hält, unabhängig vom Namen, diese Arbeit für grundlegend, und wir bitten um Ihre Stellungnahme⁸.“

Im August 1946 übersandte der Sekretär des Interzonenausschusses, Bruno Dörpinghaus, an die Vorsitzenden und Landesleitungen der Landesverbände der CDU und des Landesverbandes der CSU die bedeutendsten Stellungnahmen der einzelnen Landesparteien zur „Frage des christlichen Sozialismus“. Neben Erläuterungen zu diesem Thema legte Dörpinghaus seinem Rundbrief als weiteres prosozialistisches Diskussionsmaterial die Resolution Berlins zum christlichen Sozialismus vom Juni 1946 und die Entschließung der Landesleitung Groß-Hessens über den „neuen Sozialismus“ (vom Juni 1946) bei; ferner übersandte Dörpinghaus den Landesverbänden zur Information über die Standpunkte der Gegenseite „die bayerischen Thesen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik von Dr. König sowie die Rede Dr. Adenauers auf der britischen Zonentagung“⁹ vom 26.–28. Juni 1946, in der dieser sich „gegen den Begriff des Sozialismus wendet“¹⁰. Darüber hinaus ergänzte Dörpinghaus die Anlagen auch durch Auszüge aus der „grundlegende(n) Arbeit von Pater Welty über christlichen Sozialismus“, auf die sich der Sekretär des Interzonenausschusses auch in seinen eigenen Erläuterungen stützte¹¹.

Am 1. Mai 1946 veröffentlichte Johannes Albers „Grundgedanken zum Thema: Christlicher Sozialismus“. Sie waren überschrieben: „Streng vertraulich!“. Albers faßte in seiner Arbeit Ausschnitte aus den Reden der Gewerkschafter Karl Arnold, Karl Schmitz, Wilhelm Elfes und Jakob Kaiser zusammen. Anhand der Redeauszüge verwies Albers auf die theoretischen Aspekte des christlichen Sozialismus: Der Wiederaufbau Deutschlands müsse auf der „Grundlage der beiden Enzyklischen *Rerum novarum* und *Quadragesimo anno*“ erfolgen. Hier hätten „Nell-Breuning (und) die Patres von Walberberg“ . . . „gute Vorarbeit geleistet“¹². Sodann zitierte Albers aus Weltys Artikel weite Passagen und forderte im Anschluß daran „eine Plan- und Bedarfsdek-

⁸ Rundschreiben des Interzonenausschusses, a. a. O.

⁹ Vgl. Rede Adenauers auf der Tagung des Zonenausschusses in Neuenkirchen vom 26. bis 28. Juni 1946, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 146 ff.

¹⁰ Bruno Dörpinghaus, Anmerkungen zur Frage des christlichen Sozialismus, Undatiertes Manuskript (Begleitbrief vom 5. August 1946) ACDPStA, Nachlaß Dörpinghaus, Akte Zwischenzonenverbindungsausschuß.

¹¹ Ebd.

¹² Zwischen den christlichen Gewerkschaftern im Westen und Oswald von Nell-Breuning bestanden keine direkten Verbindungen. Die Bedeutung des Jesuiten für die Gewerkschafter beschränkte sich auf dessen Schriften, vor allem auf seinen Kommentar zu *Quadragesimo anno*, Die soziale Enzyklika. Erläuterungen zum Weltrundschreiben Papst Pius XI. über die gesellschaftliche Ordnung, Köln 1932 (vgl. Antonius John, In Ahlen gab es zwei Programme, in: Rheinischer Merkur, 24. Oktober 1975, S. 10). Persönliche Kontakte zwischen Welty und von Nell-Breuning bestanden seit 1946.

kungswirtschaft“¹³. Am 28. Mai 1946 fand in Düsseldorf die erste Sitzung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der CDU des Rheinlandes statt¹⁴. Albers machte einen Vorstoß in der Programmberatung und forderte die Besprechung der „Weltanschauung des christlichen Sozialismus“. Die „Ausarbeitung von Walberberg“ habe die „christlich Sozialen zusammen(gerufen)“. Der gemäßigte Gewerkschafter Gockeln, der zusammen mit Pferdenges den Ausschuß leitete, gab zu bedenken, daß der Ausschuß „kein(en) fertig(en) Auftrag“ habe, ein „Programm“ aufzustellen, sondern lediglich eine „entscheidende Mitwirkung“.

Nach Gockelns Einwurf präziserte Albers seine Forderung nach Teilhabe „aller un- selbstständig Tätigen an der Leitung der Betriebe“. Nach seiner Vorstellung einer „Planwirtschaft“ sollten Handels- und Handwerkskammern paritätisch besetzt werden, die „Großindustrie“ sollte beseitigt werden. Bei der „Vergenossenschaftung“ sollten Arbeiter, Arbeitgeber und der Staat zu je einem Drittel Einfluß haben. Verstaatlichung und Staatskapitalismus lehnte Albers ab, während die „Unternehmerinitiative absolut bejaht“ werden müsse. Die geringen Erfolge der KPD seien ja gerade darauf zurückzuführen, daß man „russische Reformpolitik“ nicht wolle. Auf den Einwand von Pferdenges, der vor einem „übertriebenen Sozialismus“, dessen Folgen stets unwirtschaftlich und unsozial seien, warnte, bestätigte Albers, daß die von ihm geforderte Wirtschaftsdemokratie mit den Forderungen der SPD übereinstimme¹⁵. „Albers“, so schließt das Protokoll, „arbeitet sozialistische Vorschläge zu Beratungen aus“¹⁶.

Die Gewerkschafter hatten zusammen mit den ihnen ideologisch nahestehenden Kräften eine Majorität im Landesprogrammausschuß¹⁷ und konnten dennoch keinen ent-

¹³ Johannes Albers, Grundgedanken zum Thema: Christlicher Sozialismus, Köln 1946, S. 11 f. – Vgl. mit Welty, Christlicher Sozialismus, S. 41 ff.

¹⁴ Protokoll der Sitzung d des Wirtschafts- und Sozialausschusses des Rheinlandes vom 28. Mai 1946, HStAD, RWN – 116 – 3.

¹⁵ Gemeint war die wirtschaftspolitische Rede von Viktor Agartz auf dem SPD-Parteitag vom 9.–11. Mai 1946 in Hannover. – Wenige Tage vor der ersten Programmtagung hatte Albers einen Vorstoß gemacht und in einem Rundschreiben die Sozialreform im Sinne des christlichen Sozialismus umschrieben. Otto Schmidt teilte Adenauer seine „besondere Sorge“ über solche „Sonderaktionen“ von Albers mit. Brief von Schmidt an Adenauer vom 25. 6. 1946, HStAD, RWN 119 – 1. – Die insgesamt recht weitgehende Übereinstimmung zwischen dem christlichen Sozialismus und der Wirtschafts- und Sozialprogrammatik der SPD verdeutlicht ein Vergleich des Ahlener Programms mit den „politischen Leitsätzen der SPD vom Mai 1946“, in: Rainer Kunz/Herbert Maier/Theo Stammen, Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik, München 1975, S. 68–73. Ihren Vorreiter haben die ordnungspolitischen Vorstellungen der SPD nach 1945 vor allem in den Grundsätzen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Weimarer Zeit. Vgl. hierzu Fritz Naphtali (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen und ihr Ziel, Berlin 1928 (mehrere Neuauflagen).

¹⁶ Protokoll der Sitzung des Wirtschafts- und Sozialausschusses des Rheinlandes, 28. Mai 1946, a. a. O.

¹⁷ Dem wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschuß der CDU des Rheinlandes gehörten 19 Personen, davon 10 Gewerkschafter bzw. Mitglieder der Sozialausschüsse, an. Diese waren Karl Arnold, Peter Schlack, Emil Marx, Heinrich Strunk, Johannes Albers, Michael Rott, Johannes Even, Johannes Wolff, Bernhard Günther und Josef Gockeln. Die übrigen – meist Unterneh-

scheidenden Einfluß auf die Formulierung der Essener Leitsätze vom August 1946 ausüben, da trotz der massiven Kritik, die sich Adenauer aufgrund der „undemokratischen“ Durchsetzung seines Programms von Neheim-Hüsten eingehandelt hatte, der Zonen- und Landesvorsitzende auch diesmal wieder die zuständigen Organe übergang und dem Landesvorstand seinen eigenen Entwurf nur noch zur Zustimmung vorlegte. Das Mitglied des rheinischen Programmausschusses – des eigentlich zuständigen Ausschusses für Wirtschafts- und Sozialpolitik der rheinischen CDU – Dr. Guido Ziersch aus Wuppertal, bekam die EntschlieÙung vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Otto Schmidt mit der Post zugesandt. Im Begleitschreiben bemerkte Schmidt, der nicht dem Programmausschuß angehörte, daß die EntschlieÙung „in der letzten Landesvorstandssitzung kurz besprochen und im Grundsatz angenommen wurde“¹⁸. Ziersch zeigte sich entsprechend überrascht und kritisierte pikiert die Art und Weise des Zustandekommens der EntschlieÙung. „Die Einladungen zu dieser Sitzung“, so schrieb Ziersch an ein Mitglied der Industrie- und Handelskammer Wuppertal, dem er auch ein Exemplar zur Begutachtung zusandte, obwohl der Betreffende keinem der CDU-Organe auf Zonen-, Landes- und Kreisebene angehörte, seien „nur unvorschriftsmäßig vorgenommen“ worden, aus Wuppertal habe deshalb auch kein Mitglied des Programmausschusses an der entsprechenden Sitzung teilnehmen können¹⁹.

Adenauer hatte den Entwurf für die Essener Leitsätze kurzfristig dem Landesvorstand vorgelegt, dem aus der zuständigen Programmkommission außer den ihm sehr zugelegten Vorsitzenden, Pferdmenes und Gockeln, die Gewerkschafter Arnold, Albers und Marx angehörten; der letztere war mit Sicherheit, Albers und Arnold waren mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht eingeladen worden²⁰. Nach Inhalt und Diktion ist die EntschlieÙung den Programmreden Adenauers ab März 1946 sehr ähnlich: Sie ist thesenhaft, weit interpretierbar und vermeidet – abgesehen vom Begriff der „gemischtwirtschaftlichen Unternehmensformen“ –, die Konturen einer Wirtschaftsverfassung- bzw. -ordnung zu zeichnen. Von den Gewerkschaftern wurde dieses Manifest, obwohl es gerade dessen Sinn war, von Neheim-Hüsten bis zum neuen Zonenprogramm eine erste Kurskorrektur zu einer christlichen, im Sinne der Gewerkschafter mehr gemeinwohlorientierten Sozialreform hin vorzunehmen, nie als programmatische Richtschnur angesehen. Und auch die liberalen Protestanten lehnten das Programm weitgehend ab. Ziersch kommentierte: „Die EntschlieÙung stellt leider ein gummiartiges, ausdrucksloses Wortgeklänge dar, das sich u. U. gefährlich auswirken kann. Sie wurde

mer oder dem Unternehmertum nahestehenden – Mitglieder waren Robert Pferdmenes, Karl Müller, Heinrich Dinkelbach, Alexander Hellwig, Robert Wahlen, Guido Ziersch, Süsterhenn, Karl Ludwig Simon, Heurand; Einladungsliste vom 16. Mai 1946, HStAD, RWN 116–3.

¹⁸ Brief von Schmidt an Ziersch vom 31. Juli 1946, HStAD, RWN 116–3.

¹⁹ Brief von Ziersch an Siebern vom 9. August 1946, HStAD, RWN 116–3.

²⁰ Vermutlich hat Adenauer die Leitsätze nur mit Pferdmenes und Gockeln abgestimmt. Aufgrund der radikalen, bisweilen klassenkämpferischen Haltung von Albers und Arnold kann kaum angenommen werden, daß diese unter „regulären“ Umständen den selbst von den Wuppertalern als „ausdruckslos“ bezeichneten Essener Leitsätzen in dieser Form zugestimmt hätten.

unter merkwürdigen Umständen im Landesverband präsentiert und übereilt zur Annahme gebracht²¹.“

Mit der gefährlichen Auswirkung meinte Ziersch offenbar die weitgehenden Zugeständnisse bezüglich der Mitbestimmung und Mitbeteiligung der Arbeitnehmer, die seinerzeit schon Schmidt am Programmentwurf Adenauers vom Winter 1945/46 kritisiert hatte. Die Entschließung wurde dann dem Zonenausschuß der CDU der britischen Zone auf der Tagung am 1. und 2. August 1946 in Neuenkirchen zur Beratung und Annahme vorgelegt. Bis auf die Veränderung (Einfügung des Begriffs „gemischt-wirtschaftliche Unternehmensform“) und geringfügige sprachliche Umformulierungen stimmt die dem Zonenausschuß vorgelegte Fassung mit dem offiziellen Text überein. Laut Protokoll zeichnete der „wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU für die Britische Zone“ als Urheber des Entwurfs verantwortlich, doch können nur die Vorsitzenden des Ausschusses, Gockeln und Pferdenges, als verantwortlich angesehen werden, die ihrerseits weitgehend den Vorstellungen Adenauers gefolgt sein dürften²². Die Art und Weise des Zustandekommens der Essener Leitsätze zeigt jedenfalls deutlich, daß dieser zu jener Zeit das eigentliche Macht- und Entscheidungszentrum der Zonen- und Landespartei war²³.

Im Sommer erreichte die Kritik an Adenauers Führungsstil und seiner antisozialistischen Haltung einen ersten Höhepunkt seit seinem Wiedereintritt in die Politik. Daran konnten auch Adenauers taktisch-programmatische Annäherungsversuche nichts ändern, da er außerhalb seiner öffentlichen Programmreden keine Gelegenheit ausließ, das System und den Begriff des christlichen Sozialismus und vor allem dessen stärksten und bekanntesten Verfechter, Jakob Kaiser, zu diskreditieren und zu diffamieren. Der Gewerkschafter Deutz schrieb an Kaiser: „Konrad hat die Gelegenheit in Neuenkir-

²¹ Brief von Ziersch an Siebern vom 9. August 1946, HStAD, RWN 116 – 3. – Im Protokoll des rheinischen Landesvorstandes heißt es, daß die Leitsätze, die die „einstimmige Billigung der Versammlung“ gefunden hätten, „in Bälde“ dem Zonenausschuß vorgelegt würden. Protokoll vom 24. Juli 1946, StBKAH, 123. Die „Einstimmigkeit“ kam wohl nur durch die „unvorschriftsmäßige“ Ansetzung der Sitzung (Ziersch) zustande.

²² Vgl. Protokoll über die Tagung des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone in Neuenkirchen/Kr. Wiedenbrück am 1. und 2. August 1946, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 164–184. Dort ist auch der Entwurf der Essener Leitsätze wiedergegeben. Die (relativ unbekannten und in der Parteilforschung kaum berücksichtigten) Essener Leitsätze sind in den einschlägigen Dokumentensammlungen nicht enthalten. Abgedruckt ist der offizielle Text u. a. in: „Die CDU zur Neuordnung der Wirtschaft. Die CDU fordert christliche Gesellschaftsreform“, Rhöndorf 1947, S. 4 f. Im Anschluß an den letzten Paragraphen der Leitsätze, die dort neben dem Ahlener Programm und dem Sozialteil des Programms für die britische Zone abgedruckt sind, heißt es: „Dem aufmerksamen Leser wird die Planmäßigkeit und Zielstrebigkeit des Weges von Neheim-Hüsten über Essen nach Ahlen nicht entgehen . . .“

²³ Die (vom Verf. nicht bestrittene) politisch-strategische Prädominanz Adenauers und die nahe-
liegende Vermutung, daß dieser – wie schon zuvor sein Programm von Neheim-Hüsten –
auch die Essener Leitsätze selbst (mit-)konzipiert hat, tangiert nicht die vor allem gegen Jäger
und Pütz gerichtete These, daß Adenauers Funktion als Programmtheoretiker nicht so weit
ausgelegt werden darf, daß er auch als Inaugurator der betont sozialformerischen Elemente
der CDU-Programmatik der Jahre 1946/47 gelten kann.

chen benutzt, um seiner Abneigung gegen Berlin auf dem Wege über den ‚christlichen Sozialismus‘ Ausdruck zu geben und statt dessen seine ‚bürgerliche‘ Meinung an den Mann zu bringen. Unsere politischen Männer – Albers, Arnold, Ernst und Rott – hatten den Auftrag, die sozialistische Meinung des ‚linken Flügels‘ Herrn A. brieflich zur Kenntnis zu bringen²⁴.“

Starken Zündstoff innerhalb und außerhalb der CDU bildete eine Rede Adenauers im August 1946 in Hannover, wo er der SPD als Regierungspartei einen „großen Teil der Verantwortung dafür“ zuschob, daß die „Wirtschaft in der britischen Zone noch nicht in Gang gekommen sei, das deutsche Volk verhungere und entgegen der Mehrheit des Volkswillens eine sozialistische Politik betrieben werde“²⁵. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ konterte: „Sozialistische Politik wird weiß Gott bisher noch nicht betrieben. Woher aber weiß Adenauer, daß die ‚Mehrheit des Volkswillens‘ gegen sozialistische Politik ist? Wir wissen, daß ein starker Flügel seiner eigenen Partei, die Gruppe der Gewerkschafter um Jakob Kaiser, Lemmer, Arnold sich zu einem sozialistischen Programm bekennt. Herr Adenauer will diesen Flügel ausschalten“²⁶.“

Auf Adenauers Äußerungen über den Sozialismus hin schrieb Albers an Kaiser: „Herr Dr. Adenauer hat sich in Hannover wohl etwas übernommen. Du bist ja im Bilde. Rechtzeitig erschien aber in der rheinischen Presse Deine Stellungnahme in der ‚Neuen Zeit‘! Die Aachener Volkszeitung wagte Deine Äußerung über die radikale soziale (gestrichen ist das Wort „sozialistische“, d. V.) Haltung nicht abzudrucken. Die Kölnische Rundschau und die Rheinische Zeitung brachten sie aber. Du siehst, was spielt. Herr Adenauer hat überall die Hand drin. Es werden nach den Wahlen (den Kommunalwahlen in der britischen Zone im Herbst 1946, d. V.) letzte Dinge geklärt werden müssen. Hoffentlich kann ich mich dabei auf die Mithilfe vieler Kollegen stützen, die draußen im Lande manchmal eine unverständliche Haltung einnehmen: sie beten Adenauer geradezu an“²⁷.“

In der Tat war es eines der hervorstechendsten Merkmale Adenauers, eine suggestive Kraft auszuströmen und auch Leute, die an und für sich gegenteilige Auffassungen hatten, für sich und seine Argumente einzunehmen. Prägnant formuliert Morsey: „Adenauer besaß bald überragende Autorität, wenn auch keine vergleichbare Popularität“, und belegt die erste Behauptung mit einem Zitat von Otto Heinrich von der Gablentz. Der Berliner Politologe und CDU-Gründer (er trat später zur SPD über), der als Vertreter der christlichen Sozialisten Berlins alles andere als ein Adenauer-Anhänger war, schrieb: „Ich entsinne mich (aus den Jahren 1946/47) ähnlicher Situationen, wo die Temperatur im Zimmer plötzlich um einige Grade sank, die Gespräche schwiegen und alles sich umdrehte, als Adenauer ins Zimmer trat, obwohl er damals über keinerlei Position verfügte“²⁸.“ Die Gewerkschaftsführer befürchteten offenbar mehr die persönliche Beeinflussung ihrer Freunde durch Adenauer als dessen öffentliche Attak-

²⁴ Brief von Deutz an Kaiser vom 12. Juli 1946, BA, Kaiser, 164.

²⁵ Rheinische Zeitung Nr. 48/1946, zitiert nach: Der Morgen, Nr. 198, 25. August 1946.

²⁶ Ebd.

²⁷ Brief von Albers an Kaiser vom 18. August 1946, BA, Kaiser, 164.

²⁸ Morsey, Adenauer, S. 54.

ken gegen ihre Ordnungsideen. Auch Jakob Kaiser äußerte sich besorgt über die geringe ideologisch-geistige Standfestigkeit vieler Kollegen, die „in Ehrfurcht vor (Adenauer) geistig stramm stehen“²⁹.

*Das Ahlener Programm vom Februar 1947:
Höhepunkt und Endstation des christlichen Sozialismus?*

Eine Wende in der programmatischen Entwicklung der CDU der britischen Zone gab es zwei Monate nach den Essener Leitsätzen. Anstelle des blassen Josef Gockeln wurde der nach Jakob Kaiser kämpferischste aller Gewerkschafter, Johannes Albers, als Vertreter der Arbeitnehmer neben Pferdenges zum gleichberechtigten Vorsitzenden des Programmausschusses des Landesverbandes Rheinland bestimmt³⁰. In der Zonensitzung vom 21. bis 23. Oktober in Lippstadt wurde dann beschlossen, den wirtschaftspolitischen Ausschuß der Zone (er war formal für die Essener Leitsätze, die ja ein Zonenprogramm waren, zuständig gewesen) mit dem sozialpolitischen Ausschuß zu einem wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschuß zu vereinigen. „Zum Vorsitzenden wurde Johannes Albers gewählt und zu diesem Zwecke zum außerordentlichen Mitglied des Zonenausschusses bestellt“³¹. Albers wurde ferner die Möglichkeit eingeräumt, Sachverständige hinzuzuziehen. Die zweistufige Programmvorbereitung (auf Landes- und Zonenebene) blieb von der Zusammenlegung der beiden Fachausschüsse der Zonenpartei also unberührt. Zu dieser Neuordnung des Zonenfachausschusses hieß es im CDU-Pressedienst, daß die Arbeit des neuen Gremiums „verbreitert und gesteigert“ worden sei, um „die drängenden Fragen der Sozialreform für die praktische Arbeit in Verwaltung und Parlament im voraus (zu) klären und grund(zu)legen“³². Mit dieser Entscheidung des Zonenausschusses, vor allem mit Albers' Berufung zum Vorsitzenden der Programmkommission, bekam auch die Arbeit des Walberberger Kreises einen wesentlich neuen Akzent: Die Diskussionen in Walberberg, so erinnerte sich das Mitglied des Kreises, Antonius John, begannen im Sommer 1946. Sie „hatten im sozialtheologischen Bereich begonnen und alle Lebensbereiche erfaßt. Die weitgestreckten Analysen und die Durchleuchtung der gesellschaftspolitischen Gegebenheiten traten aber immer mehr zurück gegenüber dem Problem der Wirtschaftsverfassung“³³. Der Walberberger Kreis, der wie die von Walberberg ausgehende soziale und politische Bildungsarbeit in ganz Westdeutschland Menschen der verschiedensten politi-

²⁹ Brief von Kaiser an Strunk, 1. Januar 1947, BA, Kaiser, 96.

³⁰ Schwering glaubt, daß Gockeln mit Rücksicht auf seine Stellung in der Katholischen Arbeiterbewegung – er war deren Vorsitzender in Westdeutschland – den Vorsitz abgegeben habe. Vgl. CDU und die Wende der deutschen Sozialpolitik, in: Deutsches Monatsblatt, Dezember 1959, S. 5.

³¹ Protokoll der Zonenausschußsitzung vom 21. bis 23. Oktober 1946 in Lippstadt, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 206.

³² CDU-Pressedienst, Lippstadt, 23. Oktober 1946, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 219.

³³ Antonius John, In Ahlen gab es zwei Programme. Historische und persönliche Erinnerungen zu einem wieder aktuellen Thema, in: Rheinischer Merkur, 24. Oktober 1975, S. 10.

schen und religiösen Richtungen bzw. Bekenntnisse ansprach, war durch die Zugehörigkeit der mit dem Zonenprogramm beauftragten Gewerkschafter wie Johannes Albers und Karl Arnold, aber auch Adenauers Mitarbeiter im Zonensekretariat, Erich Schmalz, zum eigentlichen theoretisch-geistigen, vorbereitenden Gremium geworden³⁴. „Das Kloster Walberberg“, so schreibt John in seiner Festschrift zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms, war „die eigentliche Zentrale dieser Grundlagendiskussion im christlich-politischen Bereich . . . Hier wurden auch die wesentlichen Gedanken für das Ahlener Programm geboren³⁵.“ „Mittelpunkt dieses Kreises“, so John, „waren zweifellos Pater Welty und einige andere bedeutende Mitglieder des Dominikanerordens³⁶.“

Protokolle wurden bei den Sitzungen nicht geführt. Doch erlauben es Johns Aufzeichnungen und insbesondere Weltys Programmschrift „Die Entscheidung in die Zukunft“, den damaligen Diskussionsstand nachzuzeichnen. Primär ging es im Walberberger Kreis um „neue Aspekte in der Eigentumsfrage, das war damals eine allgemeine Auffassung. Es war kein geringerer als der Kölner Kardinal Frings, der Eingriffe in die Güterverteilung rechtfertigte, und zwar in konkreten Situationen. . . . Pater Welty vertrat diese Position ebenfalls mit Nachdruck“³⁷. Im Vordergrund stand die sozialetische Rechtfertigung und die naturrechtliche Begründung einer neuen Eigentums- und Wirtschaftsordnung.

Die Grundsatzdiskussion, so betont John, sei demnach weit „über das hinaus(gegangen), was im Ahlener Programm seinen Niederschlag fand“. Es waren vorwiegend sozialphilosophische und theologische Theorien – hier vor allem die Enzyklika *Quadragesimo anno* Pius XI. von 1931 und Oswald von Nell-Breunings Kommentar von 1932 zu den päpstlichen Rundschreiben, die auf die Ordnungsgrundsätze des Walberberger

³⁴ John war zwar nicht parteigebunden, doch durch seine Freundschaft zu Adenauers Referenten Schmalz und als Mitglied des Walberberger Kreises um Pater Welty über die politiktheoretischen und -praktischen Vorgänge sehr gut informiert. John, gebürtiger Ahlener, nahm auch als Gast an der Zonentagung in Ahlen vom 1.–3. Februar 1947 teil. Gespräch mit Dr. A. John am 11. und 26. November 1976 in Bonn.

³⁵ Antonius John, Ahlen und das Ahlener Programm. Dokumente – Ereignisse – Erinnerungen, Ahlen 1977, S. 91.

³⁶ John, In Ahlen, S. 10. Vgl. auch John, Ahlen und das Ahlener Programm, S. 94 ff.

³⁷ John, Ahlen und das Ahlener Programm, S. 95. – Die Bedeutung der sozialetisch-naturrechtlichen Normen der scholastischen Philosophie für die frühe CDU unterstreicht auch das unabhängig von Welty und dem Walberberger Kreis entwickelte Sozialsystem des Leiters der Schulungsarbeit des Sächsischen Landesverbandes der CDU, Dr. Josef Bock, „Grundzüge des christlichen Sozialismus“ von 1946. Dieses – weitgehend mit der Walberberger Soziallehre übereinstimmende – Konzept übersandte der Berliner christliche Sozialist, der Zeitungswissenschaftler Dr. Dovifat, seinem Kollegen Kaiser mit der Bemerkung, daß er die Grundzüge dieses Systems „für sehr gelungen halte“. BA, Kaiser, 88. Dort befindet sich auch das Manuskript von Dr. Bock, der nach seiner Übersiedelung in den Westen in den Sozialausschüssen das Referat Schulungs- und Bildungsarbeit innehatte. Bock gehörte zusammen mit Welty dem Ausschuß für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgestaltung der Sozialausschüsse (ab 18. Dezember 1948) an. Zum Problem des christlichen Sozialismus Weltys und dessen Verhältnis zum Berliner Konzept vgl. Bopp, Die sozialen Strömungen des modernen Katholizismus, S. 88 ff.

Kreises Einfluß nahmen. Daß diese nicht exklusiv das spätere Ahlener Programm bestimmten, lag an den überwiegend praktischen und pragmatischen Interessen Adenauers, seiner wirtschaftspolitischen Berater und seiner Mitarbeiter in der Zonen- und Landespartei, hier vor allem der Wuppertaler Gruppe, die mit Adenauer in wesentlichen Fragen der Wirtschaftsordnung übereinstimmte und die sich als das stärkste (nun auch) politisch-programmatische Gegengewicht zum christlichen Sozialismus in der Partei etablierte. Die Aufstellung eines christlich-sozialen Reformprogramms für die Zonenpartei, das ursprünglich in der Strategie Adenauers gründete, durch ein dem christlichen Sozialismus so weit wie möglich entgegenkommendes Manifest den Gewerkschaftsflügel in die Partei zu integrieren³⁸, wurde im Herbst des Jahres 1946 durch weitere Gründe akut:

- Die britische Zonen-CDU benötigte ein Wahlprogramm für die Landtagswahl im April 1947;
- die CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, in der Adenauer seit Oktober 1946 Fraktionsvorsitzender war, benötigte für die Sozialisierungsdebatte ein ordnungspolitisches Positionspapier, vor allem im Hinblick auf die Agitation der SPD und KPD;
- gegenüber den im Herbst von der britischen Regierung in London angestrebten Sozialisierungsplänen für das Ruhrgebiet benötigte die Zonenpartei ein Alternativkonzept;
- im Hinblick auf die Berliner Union und ihren Vorsitzenden Jakob Kaiser und auf das für Frühjahr 1947 angesetzte zweite Reichstreffen der Unionsparteien konnten Adenauer und die Zonenpartei in der Wirtschafts- und Sozialprogrammatik nicht länger zurückstehen;
- schließlich war Adenauers persönliches Image in breiten Teilen der Öffentlichkeit und auch in Teilen der CDU, nicht zuletzt durch die Agitation der Linksparteien, als das eines „Reaktionärs“ und „Arbeiterfeindes“ teilweise sehr negativ.

Diese Faktoren forcierten die Arbeit der Kommission der Zonen- und Landespartei und beeinflussten auch die inhaltliche Gestaltung des neuen Programms. Die Anforderungen, die dieses zu erfüllen hatte, waren gewaltig: Einerseits sollte es dem christlichen Sozialismus weitgehend Rechnung tragen, andererseits durften aus taktischen und programmatisch-politischen Gründen die privatwirtschaftlichen Intentionen, die vor allem von Adenauer und dem Wuppertaler Kreis vertreten wurden, nicht ausgeklammert werden, ohne daß allerdings das neue Manifest prokapitalistisch erscheinen durfte³⁹. Adenauer erkannte, daß eine solche Arbeit, sollte sie einigermaßen erfolgversprechend sein, nicht von einem größeren Gremium, erst recht nicht von einem Parteitag geleistet werden konnte. „Denn auf einem Parteitag sechs Wochen vor den Wahlen“, so sagte er auf einer Zonenausschußsitzung am 17. Dezember 1946 in Lippstadt, „wird man es nach meiner Meinung nicht dazu kommen lassen dürfen, daß in wichti-

³⁸ Zu Adenauers taktisch bedingter Orientierung an der sozialreformerischen Variante der katholischen Soziallehre vgl. auch John, In Ahlen, S. 10.

³⁹ Vgl. hierzu Heidenheimer, Adenauer, S. 123 f.

gen Punkten große Meinungsverschiedenheiten offenbar werden. Das wirkt verwirrend im Lande. Es wird aber so sein, daß, wenn dieser Parteitag nicht sehr sorgfältig vorbereitet wird – und dazu mangelt es an Zeit –, daß in sehr wichtigen Punkten verschiedene Ansichten geäußert werden . . .“⁴⁰

So wurde denn auch die eigentliche Vorbereitungsarbeit für das neue Zonenprogramm nicht von den offiziell zuständigen Ausschüssen der Landes- und der Zonenpartei geleistet, da selbst diese Foren dem Zonenvorsitzenden noch zu groß und damit ungeeignet erscheinen mußten. Doch war diesmal die Zahl der an der Aufstellung des Entwurfs beteiligten Personen größer als bei den beiden vorangegangenen Manifesten, wobei neben Adenauers Wirtschaftsberatern und den Spitzenvertretern des Arbeitgeber- bzw. Unternehmerflügels vor allem der Gewerkschaftsführer Albers am Zustandekommen des Sozialdokuments hervorragenden Anteil haben sollte. Die in jüngster Zeit immer wieder vertretene Theorie, Adenauer habe nach seinem Zonenprogramm vom März 1946 (und den Essener Leitsätzen vom August 1946) auch das Programm von Ahlen weitgehend selbst verfaßt, erweist sich als nicht zutreffend. Die zahlreichen neuen Quellen lassen keinen Zweifel daran, daß die geistigen Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialprogramms in Walberberg entwickelt wurden, wie dies seit jeher die Mitglieder dieses Kreises verlauten ließen. Doch war die Mehrheit dieses Kreises nur mittelbar beteiligt. Eberhard Welty hat mit einem kleinen Kreis der Gewerkschafter das Grundsatzprogramm des christlichen Sozialismus entwickelt⁴¹. Dieser in Grundsatzfragen der Gesellschafts- und Eigentumsordnung deutlich an die Programmschriften des Dominikaners angelehnte Entwurf übertrifft an Ausführlichkeit und Präzision alle vorangegangenen Entschlüsse, Leitsätze und Programme des christlichen Sozialismus. Johannes Albers, der für den Entwurf verantwortlich zeichnete⁴², überreichte ihn Adenauer, der daraufhin von Dr. Antweiler, der als Sachverständiger der Pro-

⁴⁰ Referat Adenauers auf der Zonenausschußsitzung am 17. Dezember 1946 in Lippstadt, in: Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 250.

⁴¹ Welty hat mehrfach geäußert, daß er den Entwurf der Gewerkschafter für das Ahlener Programm verfaßt habe. Gespräch mit dem Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften in Walberberg, P. Dr. H. B. Streithofen O. P., am 11. November 1977. Daß Albers' wirtschafts- und sozialpolitische Grundsätze von Welty stammen, bestätigte auch Bernhard Günther, MdB, Mitbegründer der CDU in Köln und Mitglied des Walberberger Kreises (Gespräch am 20. und 23. November 1976 in Köln). – Zur Bedeutung des Walberberger Kreises und insbesondere Weltys für die Sozialprogrammatik der Gewerkschafter bzw. des Ahlener Programms vgl. auch Helmut Gumnior/Andreas Jacobsen, Thomas von Aquin – Spuren nach 700 Jahren, Hamburg, Manuskript der Fernsehsendung des NDR vom 11. April 1974, S. 16 ff; Leo Schwing, Weltweite Wirkung. P. Welty: Mann des Widerstandes, Baumeister neuer Zeit, in: Echo der Zeit vom 13. Juni 1965, S. 8; Das Ahlener Programm, in: Aachener Volkszeitung vom 5. Februar 1947; Rede Helmut Kohls zum Ahlener Programm in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Gedenkfeier zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms, Bonn (1977), S. 12–24.

⁴² Das – wahrscheinlich einzig verbliebene – Exemplar des Entwurfs von Welty/Albers (es trägt allerdings nur den Namen und die Anschrift des Gewerkschafters) befindet sich im Adenauer-Nachlaß. StBKAH 342. Der Entwurf Welty/Albers und das (Gegen)Gutachten von Dr. Antweiler belegen die zentrale These, daß das Ahlener Programm primär vom christlichen Sozia-

grammkommission der Landespartei angehörte, ein Gutachten erstellen ließ. Antweiler ging die Grundsätze des Walberberger Entwurfs Punkt für Punkt durch⁴³ und analysierte dessen Forderungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Tauglichkeit für die akute und künftige Wirtschaft, wobei er weitgehend vom privatwirtschaftlich-liberalen Standpunkt aus argumentierte. In einem weiteren Gutachten, das Adenauer anfertigen ließ, wurden die „Sozialisierungsbestrebungen im deutschen Kohlenbergbau nach dem ersten Weltkrieg“ analysiert⁴⁴.

Die entscheidenden Vorarbeiten für das Ahlener Programm spielten sich nicht im Winter 1946/47 ab, sondern bereits im Herbst 1946. Denn als Dr. Antweiler auf der ersten Tagung der Sozialausschüsse der CDU Nordrhein-Westfalens in Herne am 8./9. November 1946 das Hauptreferat über „Christliche Sozialreform“ hielt, basierten seine Ausführungen schon auf dem Walberberger Entwurf und seinem eigenen (Gegen-) Gutachten⁴⁵. Zu diesem Zeitpunkt dürfte mit ziemlicher Sicherheit auch der (erste) Alternativentwurf Adenauers fertig gewesen sein⁴⁶. Dessen Konzept übernahm inhaltlich und teilweise sogar wörtlich Ideen aus dem Programm Welty/Albers, doch wurden sozialistische Grundsätze, nämlich die Hauptforderung, die Planungs- und Lenkungsbefugnisse der Großindustrie den Händen der Selbstverwaltungskörperschaften bzw. einer obersten Planungsbehörde zu übertragen, nur modifiziert aufgenommen.

Im Januar 1947 traten die Vorbereitungsarbeiten in das letzte Stadium. Am 7. des Monats tagte unter dem Vorsitz von Robert Pferdmenges in den Räumen seiner Bank in Köln der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Landespartei⁴⁷. Hier legte Adenauer seinen (ersten) Alternativentwurf vor, der nach eingehender Diskussion grundsätzlich angenommen wurde. Und auch Johannes Albers, der noch am Tag zuvor „scharfe Opposition“ angekündigt hatte, erklärte sich „im Großen und Ganzen einverstanden“. Nur der Gewerkschafter Michael Rott kritisierte den Entwurf des Zonenvorsitzenden als „zu privatkapitalistisch“⁴⁸.

Offenbar sind nach dieser Sitzung Johannes Albers dann doch noch grundsätzliche Bedenken gekommen, vielleicht hatte er auch seinen Widerstand in der Hoffnung zurückgehalten, daß Adenauer in seinen neuen Entwurf doch noch die Walberberger

lismus der Walberberger Schule geprägt wurde und daß sich Adenauers programmatisch-theoretische Mitarbeit auf die Modifizierung der christlich-sozialistischen Grundsätze nach der liberalwirtschaftlichen Seite hin beschränkte.

⁴³ „Grundsätze künftiger deutscher Wirtschaftsgestaltung“, StBKAH, 342.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Dr. Antweiler über „Christliche Sozialreform“, in: Karl Zimmermann, Neues Wollen, neue Ordnung, S. 13 ff.

⁴⁶ Das Exemplar von G. Ziersch, Wuppertal, trägt das Datum vom 8. November 1946. Dabei dürfte es sich um das Datum des (Post-)Eingangs oder der Fertigstellung handeln. 1. Entwurf Adenauers. HStAD, RWN 116 – 3.

⁴⁷ Bericht über die Sitzung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der CDU (des Rheinlandes) am 7. Januar 1947 um 11 Uhr in der Bank Pferdmenges, Köln, An den Dominikanern 2, HStAD, RWN 116 – 3.

⁴⁸ Brief von Marx an Otto Schmidt vom 7. Januar 1947. HStAD, RWN 119 – 3.

Forderungen stärker einbeziehen würde. Jedenfalls kam es auf der folgenden Sitzung des Landesprogrammausschusses am 20. Januar, dem letzten Treffen dieses Gremiums vor der Zonentagung in Ahlen, dann doch zu einem Eklat zwischen dem Zonenvorsitzenden und dem Gewerkschaftsführer. Zunächst legte Adenauer seinen neuen Entwurf vor, „der im wesentlichen mit dem ersten inhaltsgleich ist, aber der Form nach eine Umarbeitung darstellt“. Im Anschluß daran legte Albers seinen sozialistischen Entwurf aus Walberberg vor. Zu dem, was sich danach ereignete, vermerkte der Protokollant lakonisch: „Die anschließende Diskussion befaßte sich zunächst mit der Klärung der verschiedenen Vorhaben“⁴⁹. Tatsächlich handelte es sich bei der „anschließenden Diskussion“ nicht um eine der üblichen Debatten, sondern mit ziemlicher Sicherheit um jene Schicksalsstunde der Union, von der Adenauer in seinen Erinnerungen schreibt, daß von ihr die endgültige Integration der CDU und deren Fortbestand als Volkspartei abhing. (Allerdings hat Adenauer diese sog. Einigungssitzung auf die Zonentagung vom 1. März 1946 vorverlegt).

Wie kam es nun zu dieser einvernehmlichen Lösung, nachdem beide Flügel entschieden auf ihren praktisch unvereinbaren Ordnungskonzeptionen beharrten? Denn Adenauers neuer Entwurf war in der Frage der Verfügungsgewalt über die Produktions- und Investitionspolitik nicht wesentlich von der modifizierten Privatinitiative abgewichen, während Albers mit der Vorlage seines sozialistischen Entwurfs die Forderung nach einer Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft mit weitgehenden Kompetenzen der Selbstverwaltungskörperschaften und einer zentralen Planungsbehörde erneut erhob. In diesem Kernproblem jeglicher Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsprogrammatik, nämlich der Frage, wo die Entscheidungen über die Produktions- und Investitionspolitik in der (künftigen deutschen) Wirtschaft erfolgen sollten, hätte eine sachliche Einigung nur um den Preis erzielt werden können, daß eine der beiden Seiten vom Wesen ihrer gesellschaftlich-politischen Grundanschauung entscheidende Abstriche gemacht hätte. Zu einem Rückzug aber waren die christlichen Sozialisten ebensowenig wie Adenauer zu jenem Zeitpunkt bereit.

So kam man denn überein, den einzigen in einer so kontroversen Sachfrage gangbaren Weg zu gehen: Das Einigungsprogramm sollte im Ganzen so konzipiert werden, daß beide Seiten darin ihre jeweilige Grundposition erblicken konnten. Nachdem auch der zweite Alternativentwurf Adenauers – ähnlich wie der schon zuvor von Rott kritisierte erste – Präferenzen für eine privatwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft mit bloßer Beteiligung der öffentlichen Hand erkennen ließ und auch die von Adenauer formulierten Passagen der Präambel die „Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und . . . auf politischem Gebiet“ herausgestellt hatten (die entsprechenden Sätze wurden aus dem Programm von Neheim-Hüsten übernommen), wurde nun auch den Gewerkschaftern eingeräumt, ihre allgemeinen sozialistischen Zielsetzungen zur Neuordnung der Großindustrie und der Planung und Lenkung der Wirtschaft in der Präambel zu

⁴⁹ Bericht über die Sitzung des Wirtschafts- und Sozialausschusses bei der Landespartei der CDU am 20. Januar 1947 in der Bank von Pferdmeiges, Köln, HStAD, RWN 116 – 3. In der Anlage befindet sich auch der II. Entwurf Adenauers.

dokumentieren. Und weiter wurde den Gewerkschaftern zugestanden, das Wirtschaftsprogramm im christlich-sozialistischen Sinne zu propagieren: unter Zugrundelegung der Leitsätze von Herrn Albers, so heißt es im Protokoll, solle „ein größeres Manuskript ausgearbeitet werden, das den Parteirednern zum Wahlkampf für die Landtagswahl am 30. 3. 47 Unterlagen zu allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vermittelt“. Mit diesem zweiten Zugeständnis Adenauers wurde den Gewerkschaftern die Interpretation des Programms im Sinne des christlichen Sozialismus eingeräumt, und zwar in der Weise, daß sie – vom Parteivorsitzenden toleriert – im Wahlkampf praktisch für die Gesamtpartei das von ihnen so begehrte und vortrefflich beherrschte Feld der politischen Agitation übernehmen durften.

Ganz auf diese abgestellt war denn auch der (danach eingefügte) Teil der Gewerkschafterpräambel, der zu den meistzitierten Passagen des Programms gehörte: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen“. „Inhalt und Ziel (der) sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung“ könne nicht mehr „das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben“ sein, die neue Wirtschafts- und Sozialverfassung müsse eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ sein. Die betont antikapitalistische Diktion und die Proklamation einer „gemeinwirtschaftlichen Ordnung“ in der Präambel der Gewerkschafter ermöglichte es nun, die Forderung nach „Vergesellschaftung“ im Hauptteil, die von Adenauer und seinen Mitarbeitern gegenüber der Vorlage aus Walberberg in äußerst raffinierter und subtiler Weise verklausuliert worden war, auch im Sinne der Walberberger Grundsätze zu interpretieren. Dagegen konnten sich Adenauer und die liberalen Kräfte bei der Interpretation in ihrem eigenen Sinne auf den zweiten Teil der Präambel stützen, der trotz einiger mit den Forderungen des christlichen Sozialismus übereinstimmender Begriffe die Wirtschaftsfreiheit proklamierte. Die Präambel des Ahlener Programms sollte damit zwei Interpretationsschlüssel enthalten⁵⁰. Damit wird auch deutlich, daß die Arbeiten an diesem Programm von ihren Anfängen an, d. h. von der Errichtung des Landesprogrammausschusses am 10. April 1946 bis zur Verabschiedung der danach nur noch geringfügig veränderten Vorlage für den Zonenausschuß in der „Einigungssitzung“ am 20. Januar 1947, primär von den innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen den christlichen Sozialisten und Adenauer bestimmt wurden. Erst nach dieser Sitzung war es möglich, die zumindest formal übereinstimmenden Flügel auf ein gemeinsames Konzept im Wahlkampf und in der Landespolitik hinzulenken!

Drei Tage später beantragte Adenauer als Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landesparlament die Vertagung der Sozialisierungsdebatte mit der Begründung, daß sich der Zonenausschuß der CDU, dessen endgültiger Entscheidung die Fraktion nicht vorgreifen könne, mit den (in der Programmkommission) bereits vom

⁵⁰ Hierin gründet offenbar im wesentlichen die Ambivalenz des Programms, die die Politiker und die Historiker zu den teilweise so gegensätzlichen Interpretationen veranlaßte.

„linken und vom rechten Flügel einmütig“ erarbeiteten „programmatischen Feststellungen“ zu beschäftigen habe⁵¹.

„Vorher möchte ich Ihnen“, so sagte Adenauer, „aber doch das verlesen, was sich als Ergebnis unserer Beratungen bisher herausgestellt hat, und was, wie ich Ihnen bestimmt sagen kann, auch in den endgültigen Formulierungen wiederkommen wird⁵².“ Adenauer verlas dann die von Albers und Arnold ausgearbeitete Stellungnahme der christlichen Sozialisten⁵³, die fast wörtlich mit den Formulierungen des ersten Teils der Präambel übereinstimmte. Damit unterstrich Adenauer selbst die (allerdings nicht einzige) mögliche sozialistische Interpretation des Ahlener Programms, doch wendete auch hier der Fraktions- und Zonenvorsitzende seine beliebte Taktik an, indem er die Vergesellschaftungsforderungen der Gewerkschafter im Nachhinein modifizierte. „Die Überführung der vorgenannten Wirtschaftszweige (des Bergbaus, der Schwer-, Eisen- und Stahlindustrie) setzt aber voraus, daß dem deutschen Volke das volle Verfügungsrecht über die Betriebe zurückgegeben wird, damit es in Freiheit und in eigener Verantwortung eine Wirtschafts- und Sozialordnung bilden kann, . . .“. Außer diesem generellen Vorbehalt, unter den Adenauer die gesamte parteiprogrammatische und landespolitisch-parlamentarische Arbeit bezüglich der Wirtschafts- und Sozialordnung stellte, machte er ebenso deutlich vernehmbar eine inhaltlich-sachliche Einschränkung: „In welcher Art und Form die in eine Gemeinwirtschaft überführten Betriebe praktisch betrieben werden sollen, wird Gegenstand sorgfältigster und gewissenhaftester Prüfungen⁵⁴ sein.“ Eine endgültige Festlegung sollten und konnten die „gemeinsamen Grundsätze“ von der Seite Adenauers aus dennoch nicht bedeuten! Adenauer konnte nicht zuletzt deshalb dem Kompromiß mit den Gewerkschaftern zustimmen, da ihm aufgrund seines hervorragenden politischen Gespürs wie kaum einem zweiten bewußt war, daß die Entscheidung für oder gegen eine sozialistische Organisation der neuen Gesellschaft von anderen Faktoren abhängen würde als von dieser Entschließung des Zonenausschusses, die – dank seines Geschicks – zudem noch für eine Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Frage in seinem liberalen Sinne hätte herangezogen werden können.

Im Anschluß an die Landtagssitzungen fanden die letzten Beratungen des Sozialausschusses der Zonenpartei statt. Albers, der auch in diesem Zonenprogrammausschuß den Vorsitz führte, hielt eingangs ein „grundlegendes Referat“ und bestätigte dann noch einmal für dieses Gremium die Zustimmung der Gewerkschafter zu dem im Landesprogrammausschuß ausgehandelten Kompromiß: „Wir wehren uns gegen den Sozialismus sozialdemokratischer Art. Wir wollen auch das Wort Sozialismus bei uns nicht, auch nicht Sozialisierung soll Ausgangspunkt unserer Orientierung sein. Wir waren uns klar darüber, daß wir das Wort gemeinwirtschaftliche Ordnung gebrauchen

⁵¹ Landtag Nordrhein-Westfalen. Stenographischer Bericht über die 4. Vollsitzung des Landtags von N. R. W. am 23. und 24. Januar 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 11.

⁵² Ebd.

⁵³ Vgl. Brief von Albers an Kaiser vom 26. Januar 1947, BA, Kaiser, 164.

⁵⁴ Stenographischer Bericht der Landtagssitzung vom 23./24. Januar 1947, S. 11.

wollen . . .⁵⁵ Mit der plötzlichen Aufgabe der noch kurz zuvor so eindeutig proklamierten Begriffe „Sozialisierung“ und „Sozialismus“, die Adenauer mit seinem Zugeständnis zur neuen antikapitalistischen, gemeinwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialverfassung erreicht hatte, hat Albers – obwohl er dies sicher zunächst nicht wollte – letztlich doch erste und entscheidende Abstriche auch am System und Programm des Walberberger christlichen Sozialismus gemacht. Die Partei- und Fraktionsdisziplin im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer sachlichen Alternative zum Sozialismus der Linksparteien zwang nun offenbar auch den Gewerkschaftsführer, ideologische Grundsätze zurückzustellen. Adenauer, von den Gewerkschaftern am Anfang seiner Tätigkeit in die Defensive gedrängt, war in die Offensive übergegangen. Als Zonen- und Fraktionsvorsitzender saß er zweifellos am längeren Hebel, so daß es ihm nun gelang, die christliche Sozialreform zu seiner und der gesamten Partei Angelegenheit zu machen, wobei von nun an ein gemeinsames Vorgehen gegen die Linksparteien im Vordergrund stand.

Unmittelbar nachdem Albers erneut sein Plazet zur Kompromißformel „Gemeinwirtschaft“ (statt „Sozialismus“) gegeben hatte, lenkte Adenauer bereits zur neuen Aufgabe des Ausschusses über. Dieser habe „nun die Aufgabe, Material und Vorschläge für die Tagung des Zonenausschusses zu schaffen“. Es sei notwendig, daß die Landtagsfraktion schon zur Februartagung mit bestimmten und präzisen Anträgen komme. „Die Landtagsfraktion kann das nicht tun, wenn nicht vorher der Zonenausschuß zu diesen Fragen Stellung genommen hat.“ Nachdem sich die anschließende Diskussion in z. T. höchst unterschiedlichen Ausführungen über die neue Ordnung und die Interpretation der Begriffe „Gemeinwirtschaft“, „Vergesellschaftung“, „Gemeinbesitz“, „Eigentum“ und dergleichen verloren hatte, lenkte Adenauer die Aufmerksamkeit noch einmal auf die neue Aufgabe des Ausschusses und die übergeordneten politischen Gesichtspunkte in der Programmfrage: „Ich habe den Eindruck“, so resümierte er, „als wenn man sich noch nicht genügend darüber klar ist, was wir machen sollen. Das Ziel ist, Sie werden vielleicht etwas verblüfft sein, ein eminent politisches Ziel. Wir wollen nicht mehr den Zustand haben, daß wirtschaftliche Machtpositionen politische Machtpositionen werden. Wenn man das Ziel im Auge behält, kommt man ganz zwangsläufig zu bestimmten Schlüssen.“

Zunächst erläuterte der Zonen- und Fraktionsvorsitzende, was der Hauptgrundsatz des neuen Zonenprogramms sein solle: das „distributive Prinzip“⁵⁶. Dieser Grundsatz, der im Programmtext nahezu identisch gebraucht wird mit dem Begriff der „Vergesell-

⁵⁵ Auszüge aus dem Verlauf der Tagung des Sozialausschusses der CDU der britischen Zone vom 23./24. 1. 1947 in Köln, Hotel am Zoo. ACDPStA, Nachlaß Dörpinghaus. Die Existenz dieses Protokolls war bisher unbekannt. – Das Datum der Sitzung ist umstritten: Nach A. John, der sich auf eine Bekanntmachung des Sekretariats des Zonenausschusses beruft, fand die Sitzung am 25./26. 1. 1947 statt. John, Ahlen und das Ahlener Programm, S. 105. Adenauer kündigte in der Landtagssitzung am 23./24. 1. 1947 die Sitzung des Sozialausschusses der Zone für den 24. und 25. 1. 1947 an. Stenographischer Bericht, a. a. O., S. 11. Die folgenden, nicht näher bezeichneten Zitate sind dem Protokoll vom 23./24. 1. 1947 entnommen.

⁵⁶ Zur Herkunft und Interpretation des „distributiven“ bzw. „machtverteilenden Prinzips“ vgl. die Analyse des Ahlener Programms im II. Teil.

schaftung“, verlangte nach Adenauer die größtmögliche Streuung der wirtschaftlichen Macht. Das bedeutete in dessen Sicht, daß die Verfügungsgewalt über Produktion und Investition grundsätzlich bei den Einzelunternehmungen – auch in der Großindustrie – angesiedelt sein sollte. Diese Interpretation Adenauers implizierte eine klare Absage an die sozialistischen Planungs- und Steuerungsideen des Walberberger Entwurfs. In allen weiteren Punkten konnte aber Adenauer mit diesem übereinstimmen: Die Beteiligungen der Genossenschaften, der Gewerkschaften, der Verbraucher, des Staates, der Länder und Gemeinden an den Großindustrien wurde anerkannt, so daß sich die gesellschaftliche Verfügungs- bzw. Kontrollgewalt auf den Aufsichtsrat und den Vorstand der Großbetriebe, also die Mitbestimmung, die ja die private Organisation der Planung und Lenkung voraussetzt, konzentrierte⁵⁷. Im Falle einer sozialistischen Organisation der Wirtschaft, gab Adenauer zu bedenken, bestehe die Gefahr, daß in den staatlichen Gremien nicht im Interesse der Allgemeinheit verfahren werde, sondern vielmehr nach parteipolitischen Gesichtspunkten.

Da man aber, solange man Einheitsgewerkschaften habe, „eine sozialdemokratische Gewerkschaft“ habe und überdies in Nordrhein-Westfalen die große Wahrscheinlichkeit bestehe, daß die Sozialdemokraten eine Mehrheit im Parlament bekämen, bedeute dies, daß dann „in dem wirtschaftlich am stärksten ausgebildeten Land die wirtschaftliche Machtposition in der Hand der politischen Parteien sei (in diesem Fall der SPD)“. Deshalb müßten die Unternehmer, vor allem im Hinblick auf die ausländischen Geldgeber, auch künftig stark an den Unternehmungen beteiligt sein. Das Problem besteht nun darin, aus „dieser Programmatik heraus“ den neuen Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion zu formulieren. „Daraufhin muß unsere grundsätzliche Programmatik hinzielen.“

Mit dieser Verknüpfung des neuen Manifestes mit der parlamentarischen Initiative der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag dokumentierte Adenauer seine nicht nur den eigenen Partei- und Fraktionsmitgliedern, sondern auch den Mitgliedern der anderen Parteien weit überlegene politische Strategie. Zunächst einmal vermochten die aus dem Programmtext formulierten Anträge der CDU-Fraktion, die noch vor der Wahl gestellt werden sollten, die Publizität der Ordnungsgrundsätze der CDU zu erhöhen und gleichzeitig anzuzeigen, daß auch die Christdemokraten in der Sozialisierungsfrage nicht defensiv operierten, wie ihnen dies immer wieder von den Linksparteien vorgeworfen worden war. Die neue Programmarbeit des Sozialausschusses der Zonenpartei war außerdem geeignet, die divergierenden Flügel der Unionspartei unter dem nunmehr entstandenen Zwang einer sachlichen Alternative gegenüber den Konzeptionen der politischen Gegner zu konsolidieren und dabei auch noch den Intentionen, die Adenauer im neuen Programm erblicken wollte, Nachdruck zu verleihen. So sollten als die entscheidenden Interpretationshilfen für die Grundsätze von Ahlen weder die Präambel der Gewerkschafter, noch deren Wahlkampfhilfen für die

⁵⁷ Entgegen den Grundsätzen des Walberberger Entwurfs sollte also „Eigentumsrecht . . . nicht gleich Bestimmungsrecht“ sein. Vgl. Diskussionsbeitrag von Prof. Hennig, Protokoll vom 23./24. 1. 1947, a. a. O.

Parteiredner, die sich nun ohnehin nicht weit von den gerade vereinbarten gemeinsamen Grundsätzen entfernen durften, fungieren, sondern eben die Anträge der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen⁵⁸. In ihnen sollte die Position Adenauers, d. h. die Theorie der gemeinwirtschaftlichen Besitzverhältnisse, aber privatwirtschaftlichen (dezentralen) Planung und Lenkung, noch deutlicher als im offiziellen Programmtext selbst zum Vorschein kommen.

Dennoch liegt die eigentliche Bedeutung der Anträge weniger in Detailfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik als vielmehr in den gesamtpolitischen Dimensionen, die Adenauer zwar schon in seinen früheren Programmreden stets anklingen ließ, die aber nun in äußerst geschickter Weise mit dem Programmwerk verbunden werden sollten. Dabei ist der Fortschritt gegenüber dem Zonenprogramm vom März 1946 besonders augenscheinlich. Dort hieß es: „Die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist. Bei ihrer späteren Regelung werden wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte, vor allem das Allgemeinwohl, maßgebend sein.“ Zwar hielt Adenauer, wie er auf der Sitzung des Zonensozialausschusses wiederholt betonte, auch jetzt die ganze Frage der Wirtschaftsordnung „noch nicht für reif“, doch sollte unter dem Druck der innerparteilichen Ereignisse das Problem der Gesellschaftsreform trotz der politischen Ohnmacht der Deutschen konstruktiv gelöst werden, wobei nicht übersehen werden kann, daß gerade diese politische Ohnmacht die entscheidende Grundlage für Adenauers Zugeständnisse an den christlichen Sozialismus und seine taktisch-offensive Haltung im Landtag war. Der Landtag konnte also gar keine Gesetze beschließen⁵⁹. Welche Ordnungsgrundsätze der Zonen- und Fraktionsvorsitzende Anfang 1947 nun tatsächlich für sich vertreten haben mag, sei dahingestellt. Unverkennbar jedenfalls ist, daß durch die Einbeziehung der Wirtschaftsprogrammatik in die gesamtpolitischen Dimensionen, die in den Anträgen für den Landtag zum Ausdruck kamen, der Vorbehalt der CDU gegenüber einer Realisierung des Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramms deutlich hervorgehoben werden sollte. In der Begründung der Anträge der Landtagsfraktion heißt es nämlich: „Alle von den vorgenannten Anträgen erfaßten Gebiete sind z. Z. noch der Zuständigkeit der Landesregierungen und damit der Landtage entzogen . . . Die CDU ist deshalb der Ansicht, daß die Zuständigkeit des Landtages entsprechend ausgeweitet werden muß. Bis zur Schaffung einer deutschen Gesamtregierung sollten Formen gefunden werden, die eine Abstimmung der zu treffenden Maßnahmen in den einzelnen Ländern sicherstellen. Falls aber die Militärregierung sich nicht dazu entschließen könnte, eine entsprechende Kompetenzerweiterung der Landtage vorzunehmen, sollte es unter allen Umständen vermieden werden, endgültige Maßnahmen oder solche Maßnahmen zu treffen, welche die erforderliche Neuordnung entscheidend vorwegbestimmen, ohne daß den Deutschen auf demokratischem

⁵⁸ Landtag von Nordrhein-Westfalen, Drucksache Nr. I-109 bis I-114. CDU-Fraktion. Düsseldorf 1947. Die Anträge sind wiedergegeben bei John, Ahlen und das Ahlener Programm, S. 127–136.

⁵⁹ Vgl. Hofmann, Journalist, S. 207.

Wege die Möglichkeit zur Willensäußerung gegeben ist⁶⁰.“ Die Problematik einer möglichen Nationalisierung der Grundstoffindustrien durfte nach Adenauer „weder unter völkerrechtlichen noch unter demokratischen Gesichtspunkten von außen auferlegt werden“⁶¹, sie mußte vielmehr eine Angelegenheit der Nation sein. Indem nun Adenauer die weitere Behandlung der Programmatik auf die Nahziele, nämlich die Landtagswahl und die Anträge der Landtagsfraktion, lenkte, die Anträge selbst aber, die faktisch zu einem Bestandteil der Programmatik werden sollten⁶², auf das Fernziel, nämlich die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands bzw. der Westzonen, gerichtet waren, hatte er es erreicht, die interne Diskussion der Ordnungsgrundsätze zunächst einmal zurückzustellen. Die westlichen Gewerkschafter waren damit aber auf den Kurs von Adenauer festgelegt.

Albers unterrichtete gleich nach der letzten Vorbereitungssitzung des Programmausschusses der Zone seinen Freund Jakob Kaiser von den Ergebnissen über die parteiinterne „Festlegung in der Sozialisierungsfrage“. Der Brief von Johannes Albers dokumentiert noch einmal den Kompromißcharakter und die damit verbundene Ambivalenz des Programms. Dessen christlich-sozialistische Intentionen konnten sich praktisch nur auf die Präambel stützen. So verwies denn Albers zunächst auf den Erfolg, den er in der Sozialisierungsfrage zu verbuchen hatte, nämlich die mit der Präambel identische Stellungnahme der CDU zur Gemeinwirtschaft: „Adenauer mußte sich auf der letzten Landtagssitzung zu einer Erklärung, die Arnold und ich ausgearbeitet, festlegen, die auch Dich befriedigen wird“⁶³. Neben dieser Erklärung legte Albers dem Berliner Vorsitzenden auch den (zweiten) Alternativentwurf Adenauers bei. Zwar konstatierte Albers, daß man damit „ein anständiges Stück vorwärtsgekommen“ sei, denn auch der Alternativentwurf enthielt noch wesentliche Grundsätze des Walberberger Programms, gleichwohl ließ der Gewerkschafter erkennen, daß er mit seiner sozialistischen Grundforderung nicht durchgedrungen war: „Ich hatte auch eine Vorlage ausgearbeitet (das mit Welty konzipierte Walberberger Grundsatzprogramm, d. V.), die . . . aber als zu weitgehend empfunden“ wurde. Und handschriftlich ergänzte er zu dem nun vom Zonenausschuß zu beschließenden Entwurf: „Zufrieden bin ich nicht“. Doch schloß Albers hoffnungsvoll: „Es wird aber das Programm unserer Freunde werden.“ Dazu mußten sich die Gewerkschafter nun vor allem einer entsprechenden Propaganda bedienen.

Nachdem also die Einigung erzielt, der Text nahezu fertig und sogar schon das weitere programmatisch-strategische Vorgehen bis in Einzelheiten abgesprochen war, bedeutete die Sitzung des Zonenausschusses in Ahlen nicht viel mehr als die Akklamation dieses Gremiums zum neuen Wirtschafts- und Sozialprogramm. Die Tagung vom 1.–3. Februar 1947, die später wie das dort verabschiedete Programm oft mystifiziert

⁶⁰ Antrag der CDU-Fraktion; zit. nach John, Ahlen und das Ahlener Programm, S. 130.

⁶¹ Ebd.

⁶² Die Anträge der CDU-Fraktion (nicht jedoch die Begründung hierzu) wurden in den für die Landtagswahl herausgegebenen Broschüren als Anhang abgedruckt. Vgl. „CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus“, Bergisch-Gladbach 1947.

⁶³ Brief von Albers an Kaiser vom 26. Januar 1947, BA, Kaiser 164.

wurde, war keine geheimnisvolle Tagung, viel weniger eine Geheimtagung, ganz im Gegenteil: Sie war in den Medien angekündigt worden, außerdem waren eine Reihe Gäste und Vertreter der Presse, wie dies auch bei den übrigen Zonenausschußsitzungen üblich war, anwesend. Der Kompromißentwurf war den Delegierten schon zuvor zugesandt und schon vorher vom CDU-Pressedienst veröffentlicht worden. Protokolle von dieser Sitzung sind nicht (mehr) vorhanden⁶⁴, jedoch sind – wie schon bei den Diskussionen im Walberberger Kreis – die Erinnerungen von Antonius John, der als Gast anwesend war, ein wertvolles Dokument. Die Diskussionen glichen, nach John, weitgehend denen der Sitzungen des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Zone: Im Vordergrund stand das alternative Konzept der CDU vor allem zum Sozialismus der Linksparteien. Und wie zuvor in Köln zeigten auch die Debatten in Ahlen, daß die Zentralbegriffe der neuen Wirtschafts- und Sozialordnung, wie „Vergesellschaftung“, „Vergemeinschaftung“, „Gemeineigentum“ und dergleichen relativ wenig „ausgefeilt“ waren, wobei auch hier der Zonenvorsitzende „die Diskussion immer wieder auf die aktuelle Lage“ brachte und „in seinen Ausführungen über die Programmdiskussion“ hinausging. Geändert wurde am Alternativentwurf, neben anderen geringfügigeren sprachlichen Verbesserungen, lediglich das Wort „distributives Prinzip“. Der Abgeordnete Dr. Strickrodt schlug vor, es durch das „deutsche Wort“ „machtverteilendes Prinzip“ zu ersetzen. Dieser Vorschlag wurde von Adenauer spontan akzeptiert⁶⁵. In der abschließenden Pressekonferenz sagte Adenauer, daß das Reformprogramm „für ganz Deutschland größte Bedeutung“ habe. Es sei „ein neuer Beweis für den Geist der Einmütigkeit und Geschlossenheit der CDU“. Adenauer dankte „dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses, Albers, für seine hervorragende Leitung des Ausschusses und die damit verbundene außerordentliche Leistung“⁶⁶.

Die förmliche Einigung zwischen dem Gewerkschaftsflügel und dem bürgerlichen Flügel bzw. zwischen Johannes Albers und Konrad Adenauer erfolgte, laut Presseerklärung des Zonenvorsitzenden, auf der Zonentagung vom 1.–3. Februar 1947 in Ahlen. Allein die Vordatierung dieses Ereignisses in Adenauers Memoiren auf die Zonentagung vom 26. Februar bis 1. März 1946 in Neheim-Hüsten und die ständige Wiederholung des späteren Bundeskanzlers, die Befürworter der Sozialisierung innerhalb der CDU schon dort auf seinen antisozialistischen Kurs festgelegt zu haben⁶⁷, hat of-

⁶⁴ Die Vermutung von Helmuth Pütz, in Ahlen sei „kein Protokoll“ angefertigt worden, „da als einziger Tagesordnungspunkt das ‚Ahlemer Programm‘ beraten . . . wurde, es also ein Ergebnisprotokoll“ darstelle, trifft nicht zu. Denn erstens waren die in Ahlen diskutierten Programthesen den Delegierten schon vorher zugestellt worden (die Endfassung weicht nur geringfügig von der im Zonenprogrammausschuß fertiggestellten Fassung ab), zweitens standen in Ahlen noch weitere Tagesordnungspunkte auf dem Programm. Adenauer bat am 25. Januar 1947 telegraphisch seinen Stellvertreter in der Zonenpartei, Holzapfel, „in Ahlen/Westfalen (das) Korreferat zum Referat Kather über Flüchtlingsfragen zu übernehmen“. StBKAH 127. – Nachdem die entscheidenden Probleme bereits im Programmausschuß der Zonen- und Landespartei ausgeräumt worden waren und die Tagung in Ahlen öffentlich war, ist kaum anzunehmen, daß das Protokoll noch „delikate“ Probleme enthielt.

⁶⁵ Gespräch mit dem Zonenausschußmitglied Prof. Strickrodt am 18. Dezember 1976.

⁶⁶ „Unser Aufbauprogramm“, Kölner Rundschau, 7. Februar 1947, S. 1.

fenbar bewirkt, daß die meisten Historiker die Bedeutung des christlichen Sozialismus unter Adenauers Führung weitgehend verkannten. Bezeichnenderweise erwähnt Adenauer in seinen „Erinnerungen“ weder die Zonentagung von Ahlen, noch das nach der westfälischen Stadt benannte Manifest.

So sehr das „Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU“ (so der vollständige Titel), das unter dem Motto stand: „Die CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus“, Beachtung fand – es wurde fast in allen Tages- und Wochenzeitungen vollständig abgedruckt –, die Schlagzeilen indes beherrschte das Reformwerk nicht: Von ihm hing das deutsche Schicksal nicht so sehr ab wie von den Plänen der Besatzungsmächte. Die meisten Tageszeitungen berichteten als „Aufmacher“ von der Debatte im britischen Unterhaus, das über die deutsche Besatzungspolitik beriet. Unter der Überschrift „Eine Aussprache über das deutsche Elend“ zitierte die Kölnische Rundschau aus der Deutschlanddebatte. Der Abgeordnete Law kritisierte die Labour-Regierung; sie mache „in Deutschland genau dieselbe Art von Fehlern, die sie in der Heimat mache. Sie versuche, ideologische und theoretische Lösungen herbeizuführen, anstatt sich mit der Notlage des Augenblicks zu befassen und sie als dringend zu behandeln“⁶⁸.

Auf Seite drei druckte die „Kölnische Rundschau“ das Reformprogramm der CDU zusammen mit dem Sozialprogramm des Kölner Erzbischofs, Josef Kardinal Frings, ab, das drei Tage vor der Zonenausschußtagung der CDU im „Kirchlichen Anzeiger für die Erzdiözese Köln“ in der Form eines Fasten-Hirtenbriefs erschienen war⁶⁹. Wie das Ahlener Programm, so fordert auch Kardinal Frings grundlegende Reformen in der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Eigentumsordnung, „gleichweit entfernt von liberalistischem Individualismus und von einem marxistischen Sozialismus“⁷⁰.

Daß die Entschließungen der CDU zur Sozialreform parallel mit Verlautbarungen kirchlicher Kreise liefen⁷¹ und dabei sprachlich und inhaltlich eine so weitgehende Übereinstimmung aufwiesen⁷², ist indes kein Zufall: Pater Welty war nicht nur der „Chefideologe“ der ehemaligen christlichen Gewerkschafter, sondern auch der So-

⁶⁷ Vgl. auch „Konrad Adenauer zum CDU-Parteiprogramm 1946“, vom 13. März 1966, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt/M., in: Jürgen Weber, 30 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Auf dem Wege zur Republik 1945–47, München 1978, Tondokumente zu Band 1.

⁶⁸ „Unser Aufbauprogramm“, Kölnische Rundschau, 7. 2. 1947, S. 1.

⁶⁹ Hirtenbrief Nr. 29 des Erzbischofs von Köln, Joseph Kardinal Frings, in: Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, 29. 1. 1947.

⁷⁰ Ebd., S. 27.

⁷¹ Die Gewerkschafter verwiesen stets auf die Übereinstimmung ihrer sozialen Ordnungsgrundsätze mit der offiziellen Lehre der katholischen Kirche. Vgl. F. Heurich, Die Königsteiner Beschlüsse, in: Südwestdeutsche Union, Nr. 4, 25. 2. 1947.

⁷² Der Hirtenbrief (Nr. 29) von Kardinal Frings enthielt dieselben Forderungen wie das Ahlener Programm, nämlich: 1. Überführung von Privateigentum in Gemeineigentum (gegen angemessene Entschädigung), wenn „durch privaten Besitz eine allzu große wirtschaftliche Macht in einer privaten Hand vereinigt würde“; keine (reine) Verstaatlichung, sondern Beteiligung der Gemeinden, Körperschaften, Berufsstände, Angestellten und Arbeiter am Eigentum der Betriebe (S. 32); 2. Gründung einer „sogenannten berufsständischen Ordnung“, d. h. „Leistungsgemeinschaften“ in der Form von „öffentlich-rechtlichen Körperschaften“, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter entsprechender Kontrolle und Koordination des Staates

zialberater des Kölner Erzbischofs, dessen soziale Rundschreiben und Veröffentlichungen er redigierte⁷³.

Die Rolle, die die christliche Soziallehre als politische Theorie der Christlich-Demokratischen Union und insbesondere die Walberberger Schule für die britische Zonenpartei gespielt haben, nämlich der jungen Partei für die geistig-politische Neubesinnung und Auseinandersetzung inner- und zwischenparteilich im Chaos des Nachkriegsdeutschlands eine Orientierungshilfe und eine Grundlage zu sein, wurde in der politikwissenschaftlichen und historischen Forschung bisher nur unzureichend gewürdigt. Leo Schwering versuchte dieses Manko zu beheben und glaubte, mit seinem Aufsatz „CDU und die Wende der deutschen Sozialpolitik“ „zum ersten Male . . . in großen Zügen“ eine Darstellung der geistigen Grundlagen des Ahlener Programms gegeben zu haben. So bedeutsam diese Schilderung des ersten CDU-Historikers auch ist, die erste Darstellung über die Grundlagen des Sozialmanifests sind sie indes nicht: Schon drei Tage nach der Verabschiedung des Programms skizzierte der Chefredakteur der Aachener Volkszeitung, Dr. Josef Hofmann, die Herkunft der Sozialideen des Reformprogramms im Leitartikel seiner Zeitung⁷⁴. Der Insider Hofmann – er war Mitglied des Walberberger Kreises, des rheinischen Landesvorstands der CDU und der Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen – schrieb: „Es kam der Arbeit der Männer, die dieses Programm ausgearbeitet haben, zustatten, daß die grundsätzlichen Fragen weitgehend geklärt waren⁷⁵.“ In diesem Zusammenhang betont Hofmann die Bedeutung von Weltys „Die Entscheidung in die Zukunft“ als der Quelle, aus der die von Albers geleitete Programmkommission geschöpft hatte. Doch blieb auch Hofmann die Modifizierung der Walberberger Sozialideen nicht verborgen. „Als politische Partei“, so kommentierte er diesen Sachverhalt, „stand die CDU vor der Aufgabe, die erarbeiteten Grundsätze nunmehr praktisch auf das wirkliche Leben und auf die durch die technische Großwirtschaft vorgegebenen Wirklichkeiten anzuwenden⁷⁶.“

„die Angelegenheiten ihres Zweiges aus eigenem Recht und aus eigener Kraft . . . zur Verwirklichung des Gemeinwohls“ regeln (ebd.); 3. Erhaltung und Förderung der kleinen und mittleren Betriebe zur „Verhinderung allzu großer wirtschaftlicher Macht“; 4. Neuordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Betrieb durch Beteiligung am Einkommen des Betriebes und an der Trägerschaft.

⁷³ Gespräch mit dem Bruder von Pater Welty, Eduard Welty, am 23. 10. 1977 in Wesseling bei Köln. Pater Welty redigierte neben den sozialen Rundschreiben auch die beiden bedeutenden sozialpolitischen Arbeiten des Kölner Kardinals: Joseph Frings (Hrsg.), Grundsätze katholischer Sozialarbeit und zeitnahe Folgerungen, Köln 1947; Joseph Frings, Verantwortung und Mitverantwortung in der Wirtschaft, Köln 1949.

⁷⁴ Der Artikel von J. Hofmann wurde auch im „Werkblatt“ Nr. 12 der Jungen Union des Rheinlandes vom März 1947 ungekürzt wiedergegeben.

⁷⁵ Die Gewerkschafter, insbesondere Johannes Albers, haben immer wieder betont, daß die Grundlagen einer christlich-sozialistischen Gesellschaftsreform „nicht erst konstruiert werden mußten, sondern bereits gegeben“ seien. Kölner Rundschau, 17. 12. 1946. Diese Grundlagen waren die Programmschriften Weltys. Vgl. Brief von Albers an Stegerwald vom 15. 8. 1945, Stegerwald-Archiv, Nr. 1247.

⁷⁶ Das Ahlener Programm, in: Aachener Volkszeitung vom 5. 2. 1947; vgl. auch Hofmann, Journalist, S. 207.